

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Männer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Berbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,
sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeb.)
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanting,
verantwortlicher Redakteur: Erik Paeplow, Bele in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg. St. Georg, Neue Bremmerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8181.

Inhalt: Ein neuer Vorstoß gegen die Arbeiterorganisation und das Koalitionsrecht. Zur Kritik der Dresdner Justiz. — Rumbachau. — Baugewerkschaft. Die Lohnbörse Bauarbeiter und ihre Arbeitsleistung. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Belehrtafeln.

Ein neuer Vorstoß gegen die Arbeiterorganisation und das Koalitionsrecht:

Berlin, den 18. Februar.

Nachdem in den letzten Wochen die Wortführer der reaktionären Parteien im Reichstage häufig Anlaß genommen haben, Stimmung zu machen für das von diesen Parteien so schnell erwartete Buchthal ausgesetzte, sind ihre Gesinnungsgenossen im vorsichtigen Abgeordnetenhaus gestern diesem "guten Beispiel" gefolgt. Bei Beratung der Entschließung „Ministerium des Innern“ nahm der konferentielle Abgeordnete Ring das Wort, um, wie er seitlich versicherte, „die Aufmerksamkeit des Hauses, wie der Staatsregierung auf eine Anzahl Organisationen zu lenken, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, das wirtschaftliche Leben in unserem gesamten deutschen Vaterlande schwer bedrohen.“ Um seiner Ansage etwas mehr Gewicht zu geben, leitete er sie ein mit den Worten: „Ich bin stellvertretender Amts- vorsteher“, woraus zu entnehmen ist, daß Herr Ring als Repräsentant behördlicher Autorität resp. plakat sein wollte. Dann fuhr er im Tone höchster Wichtigkeit, als habe er entscheidende Schlußmotive zu entfalten, folgendermaßen fort:

„Ich lege Ihnen zunächst ein paar Achtenfälle vor. Dieselben sind überzählig: Zahlstelle des „Verbandes der Maurer in Deutschland“, Zahlstelle des Verbandes der Bau- und Erdarbeiter“, Zahlstelle der Maschinensetzer, Metallarbeiter, Holzarbeiter usw. In diesen Achtenfällen befinden sich vorne die Statuten dieser Verbände, die ziemlich gleich aussehen. Wie werden nun diese Organisationen draußen gehandhabt? Sie sehen in diesem Mitgliedsbuch eine Eintheilung in Gardeaus, wie bei den Quittungskarten der sozialen Gesetzgebung, mit Marken. Jedes Verbandsmitglied erhält einen und wird genau alljährlich kontrolliert. Der Sekretär der Zentralstelle stampft die Marken ab, kurz ein in dieser Form völlig organisierte Verband ist in der That in der Lage, jede Handlung seiner Mitglieder zu beobachten. Dann habe ich hier zwei Karten, nach vom Zentralverband der Maurer in Deutschland, Quittungskarten über gesetzte Beläge zum Erdarbeiter. Da sehen Sie verschiedene Arten von Marken, blaue mit grünen; Sie sehen auch viele freie Stellen, aber auch mit einem Stempel versehen, d. h. auch wenn der Arbeiter nicht gearbeitet hat, steht da z. B. am Sonnabend, den xten arbeitslos gewesen, also auch in der Zeit, in welcher der Betrieb keine Arbeit hatte, ist er von Verbands kontrolliert worden.“

Diese Mitteilungen des Herrn Ring scheinen auf der rechten Seite des Juniperparlaments große „Überraschung“ bewirkt zu haben, denn sie wurden von dieser Seite des Deutschen mit dem bekannten Ruf „Hört, hört“ begleitet und die Sitzungsberichte enthalten die Bemerkung: „Große Bewegung“. Wir freilich sind geneigt, diese Bewegung für keine echt zu halten; sie war offenbar eine erheuchelte, und zwar erheuchelt zu dem Zwecke, nach außen hin den Glauben zu erwecken, als handle es sich bei Mitteilung der „Achtenfälle“ um den Nachweis der Existenz einer Art geheimer Organisation, welche dem Terrorismus diene. Die incede liegenden Einrichtungen sind für jede Arbeiterorganisation so durchaus selbstverständlich und so allgemein bekannt, daß vernünftige und ehrliche Beurtheiler nur ein müßig lächeln können für den Versuch, dieselben hinzustellen als „faatsgefährlich“. Ist für die Unternehmerkoalition die Aufrichtung der Gehmittel eine Hauptsache, wie kann man der Arbeiterorganisation einen Vorwurf daraus machen, daß sie die Erziehung der Verträge regelt und gewissenhaft kontrolliert? Über freilich, das ist in den Augen der Ordnungspolitiker „Terrorismus!“ Sie möchten gar zu gerne den Arbeitern die Versammlung von Geldmitteln zur Führung ihres Kampfes unmöglich machen.

Herr Ring erzählte dann „aus eigener Praxis“ folgende Geschichte:

„Im August v. J. wurde mir vom Gendarmen gemeldet, daß in einer Ortschaft ein Streit ausgebrochen wäre. Ich begab mich zu dem leitenden Maurermeister. Er war nicht anwesend. Während ich in seinem Bureau stand, traten zwei Maurergesellen ein. Diese hielten mich für den Meister und fragten mich, ob ich ihnen eine Arbeit geben könnte. Es war

mir kurze Zeit vorher gesagt worden, daß für die Kontrolle dieser Quittungskarten das Wort maßgebend sei: „Hast Du auch reine Wäsche?“ Darauf erwiderte der betragte Mann: „Selbstverständlich!“ zog seine Quittungskarte und reichte sie ihm. Ich stellte mich ihm leicht als Amtsvorsteher vor und machte ihm Vorhaltungen, daß er seinen sauer verdienten Sohn für diesen Zweck hingegeben und seine Familie entziehe. Ich sprach ziemlich eindringlich auf ihn ein, und was war, die Folge? Der Mann erklärte unter Thränen: So wie ihm ginge es einen großen Zahl von gewerblichen Arbeitern. Er wäre geswungen, dieser Organisation beizutreten, daß er überhaupt nicht bestreite, wo wäre es ausgeschlossen, daß er überhaupt noch Arbeit finde. Und sehr wiederholte Frage, die er an mich richtete, war immer die: Können Sie mir helfen, wollen Sie mir helfen? Sie können mir als Amtsvorsteher doch nicht Arbeit geben. Ich bin der Zwangsorganisation mit Haut und Haaren unterworfen. Wenn ich nicht für die Sozialdemokratie lebe, so verlieren ich jede Arbeit. Ich bekomme in der Berliner Regierung auf keinen Fall mehr Arbeit, weil die Anderen mit mir zusammen nicht arbeiten würden, oder ich werde in einem kleinen Winde bald tot geschlagen, die Kleber werden mir mit einem Messer zerstochen und der Balken, auf dem ich stehe, wird durchgeschlagen. Dieser Maurer benannte das ganze Elend, was auf ihm und tausenden lastet, und geriet zugleich ganz außer sich.“

Auf diese Mitteilungen begleiteten die Gesinnungsgenossen des Herrn Ring mit Ausdrücken, welche „Erregung“ und „Entzündung“ bezeichneten sollten. Der hellvertretende Amtsvorsteher muß sich nett ausgenommen haben als stellvertretender Maurermeister! Die Geschichte mag sich in Wirklichkeit so abgespielt haben, wie er sie erzählt. Dass es Subjekte unter den Arbeitern gibt, die charakterlos genug sind, vor Meistern und amischen Personen derartige jämmerliche Komödien aufzuführen, soll „Opfer des Terrorsmus“ genannt haben, hat der „Grundstein“ erst klirrig in einem Artikel gedreht. Wir wissen ganz genau, daß es Menschen gibt in gewissen Kreisen, die sich nicht entblößen, durch Herausstellung von Dorthelfen solche Jämmerlinge zu bestimmen, wider besseres Wissen sich als Opfer des Terrorismus zu definieren. Nur so wird „gewisse Bekennnisse“ der hier incede liegenden Art im Interesse der „staatssicherhaften Politik“, der Wahrheit und der Vernunft zum Hohn, zu Staub gebracht. Wer kann denn im Ernst glauben, daß einen Arbeiter, der sich weigert, der Organisation beizutreten, die verbrecherische Behandlung droht, die Herr Ring so drastisch geschildert hat? Haben die betreffenden Jämmerlinge ihm die grausigen Entzündungen wirklich gemacht, so haben sie ihn nach dem Beispiel der ordnungspolitischen Scharfmacher angegriffen.

Die „Unkenntlichkeit“, die Herr Ring aus seiner Terrorsmus geschildigte zog, lautet:

„Wenn es nicht gelingt, dieser Verbündeten gegenüber Abhälse zu schaffen, wenn wir die Arbeiter vor dieser Art des Zwanges nicht retten können, dann schwindet jedes Vertrauen ins Staate überhaupt. Ich bin damals zu den beteiligten Maurermeistern hingegangen, habe sie gefragt, wie sie sich zu diesen Organisationen verhalten. Die Antwort war sehr dezent und auch. Auch die Maurermeister sagten mir: helfen Sie uns doch, uns in unseren Arbeiten zu fördern vor dieser Art des Streiks, insbesondere vor dem Bohrschießen und vor dem Absperren unserer Leute. Der Staat hilft uns doch nicht (Hört, hört! rechts!). Muthlosigkeit bei den Arbeitern, Muthlosigkeit bei den Meistern. Einzelne Maurermeister erklärten mir zähneknirschend, sie müssten sich fügen, aber es sei ihnen die Lust und Freude zur Arbeit und zum Handwerk überhaupt vergangen.“

Schließlich leistete Herr Ring sich die Erklärung: Die Arbeiterkraft müsse „bereit“ werden vor dem „Wang“ der Verbände. Ein Mittel dazu wäre er freilich nicht, aber das sei gewiß, greife der „verdeckende“ Einfluß dieser Verbände weiter um sich, dann würden wir den sozialdemokratischen Staat bereits haben.

Dem Polizeiminister v. d. Heyde kam die Entzündungen und Anklagen offenbar sehr gelegen. Unter dem frenetischen Beifall der Konferentiellen gab er folgende Erklärung:

Mit und den Behörden sind solche Vorgänge aus der sozialdemokratischen Bewegung, wie sie der Aug. Ring vorgetragen hat, ja nicht unbekannt. Aber ich halte es doch für möglich, daß sie auch weiteren Kreisen bekannt werden, damit dem Volke klar wird, welche Gefahren wir von der Sozial-

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Pyritz i. Pommern und die örtliche Verwaltung und die Lohnkommission in Sangerhausen.

Im Freik

befinden sich die Kollegen in Teterow, Neumünster, Delmenhorst und Gr. Lüchterselbe.

Sperren sind verhängt

über die Bauten der Unternehmer Weller, Lampé und Nechter in Eidelstedt, Brintmann in Stellingen, Eidelstedt, Koch in Wandelsbek, Job, Olde in Heide i. Holst., Schmidt in Friedrichsfelde, Lebs in Barth, Bullermann in Münster i. W., Häuser & Florat in Rath und sämtliche Bauten des Unternehmers Eicholtz in Düsseldorf, hauptsächlich „Schwabenbräu“, Maschinenbau-Aktiengesellschaft Gustavsburg b. Mainz, Lanz & Wehrheim in Homburg v. d. Höhe und Dinslak in Iserlohn.

Außerdem ist Zugang fern zu halten von Flensburg.

Bauarbeiter-Kongress zu Berlin

am
20. und 21. März 1899 in „Keller's Festälen“,
Koppenstraße 29.

Den gewählten Kongress-Delegirten folgendes zur Kenntnisnahme:

1. Am Sonntag, den 19. März, 7 Uhr Abends, findet eine Vorversammlung zwecks Konstituierung des Kongresses statt.

2. Die Delegirten müssen sich im Vestige eines Mandats befinden, welches von dem Bureau der öffentlichen Versammlung, wo die Delegirtenwahl vorgenommen wurde, unterschrieben sein muss. Ohne Mandat kann keine Delegation zugelassen werden. Mandatsformulare sind bei dem Unterzeichneten zu haben.

3. Das Lokalcomité, Adresse: August Vogel, Berlin, Weidenweg 35, 3. Et., wird nur für diejenigen Delegirten Logis besorgen, die sich bis zum 5. März bei ihm melden. Da in Berlin billige und gute Logis nicht leicht zu haben sind, so liegt es im eigenen Interesse der Delegirten, sich anzumelden.

4. Am Sonntag, den 19. März, wird das Lokalcomité von Vormittags 8 Uhr an im Kongresslokal anwesend sein. Die Delegirten werden erucht, sich bei ihrer Ankunft sofort nach dorthin zu begeben. Auf allen Bahnhöfen sind am Sonntag, von 8 Uhr Vormittags an, Mitglieder des Empfangscomités anwesend. Erkennungszeichen: Weiße Schleife auf der linken Brustseite.

Hamburg, den 25. Februar 1899.

Die Kommission für Bauarbeitershuk.

Im Auftrage:
Th. Bömelburg, Hamburg, Neue Bremmerstraße 16, I.

demokratie zu erwarten haben. Es ergiebt sich hieraus für die Polizei die sehr ernste Verpflichtung, gegen diese Vorgänge auf's Sorgfältigste einzuschreiten, sowohl die gesetzlichen Beugnisse ihr dazu eine Handhabe geben. Leider verfügen manchmal die Befugnisse und wir haben alle Veranlassung, ernstlich darüber nachzudenken, nach welcher Richtung hin eine Verstärkung der gesetzlichen Befugnisse, namentlich zum Schutze der Arbeitswilligen, erforderlich ist. Ich hoffe, daß wir uns in nicht langer Zeit, wenn auch in einem anderen Parlament, damit auf beschäftigen haben werden."

Also ein offizieller Hinweis auf die immer noch im Schoße des Bundesrates ruhende Buchthausgesetz-Vorlage. Und dabei das Bemühen, die Frage des Koalitionsrechtes mit der Sozialdemokratie zu vergleichen. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß der preußische Polizeiminister die Ansicht des Herrn Ring hält, man müsse die Arbeiterschaft in erster Linie die Möglichkeit nehmen, Fonds für den Kampf gegen das Kapital zu sammeln. Nach dem Minister nahm eine andere „Autorität“, der General-Scharfmacher der Bahnverwaltung, Herr Felisch, das Wort. Dieser Herr ist definitiv seit Jahren ein eiferiger Rathgeber der reaktionären Gewalten im Kampfe gegen die Arbeiterschaft. Jetzt macht er folgende Ausschüttungen:

Dem Arbeitstreibigen wird es immer mehr erschwert zu arbeiten; er darf nur arbeiten, wenn es die Organisation erlaubt. Hinter der Organisation steht die Sozialdemokratie. Man glaubt stark genug zu sein, um zum Angriff auf die Arbeitgeber zu (112 d. „Gesetz“) übergehen zu können. Man antwortet leicht bei einzelnen Differenzen mit einem Generalstreik. Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Organisation nicht beugen wollen, finden nirgends Beschäftigung, sie werden hinausgedrängt aus den Arbeitsplätzen, ihre persönliche Sicherheit ist gefährdet, sie sind auf Misshandlung angewiesen. Die Ausschüsse der vertriebenen Behörden über die §§ 182 und 183 der Reichs-Gewerbeordnung gehen auseinander. So ist es in manchen Orten verboten, Streikposten auszustellen und vor Zugang zu warnen, in anderen Orten hingegen schreiten die Behörden gegen solche Auswüchse nicht ein. Unter allen Umständen muss das Streikpostenteam unter den Begriff des großen Unfalls fallen. Ich bin durchaus kein Feind des Koalitionsrechts, aber die Auswüchse müssen beschränkt werden, und vor Allem muss eine ehrliche Rechtsprechung herrschen.“

Wir kennen dieses Blatt, wie kennen den Text und die Absichten seiner Verfasser. Die Anklage, welche Herr Hellsch gegen die Arbeiterorganisation erhebt, fällt mit voller Wucht auf das Unternehmertum zurück. Dieses, und in erster Linie das Baugewerksunternehmerthum überja belämmlicht den denkbar schändlichsten Terrorismus, indem es die der Organisation angehörenden Arbeiter vor aller Arbeit auszuschließen bestrebt ist. Vor zwei Jahren haben die Herren Hellsch und Genossen die ausdrückliche Zustimmung der Regierung dazu eingeholt. Die bürgerlich-demokratische „Berliner Volkszeitung“ geht mit Herrn Hellsch scharf ins Gericht. Sie erklärt, derselbe sei zu seinen Krassen Übertriebungen dadurch gekommen, daß man einen Sirene im Baugewerbe erwartet; deshalb habe er jetzt bereits die Hülse des Polizeiministers angerissen. Das Blatt hört fort:

„Wer das ist nicht die Haupsicht! Auf die Überreibung kommt es nicht an, sondern auf die famose Idee, daß der freie Arbeitsvertrag unhalbarlich ist, wenn die Kräfte gleich verteilt sind. Solange das nicht der Fall war, war der freie Arbeitsvertrag für die revolutionären Arbeitgeber eine vorzügliche Einsichtung. Man konnte ihn nach Belieben verwerfen. Und bestens gegenüber dem halblosen eingelassenen Arbeiter. Man machte mit ihm einen „freien“ Vertrag, indem man ihm die Bedingungen dictirte. Ein idealer Zustand! Sei wachst allmählich eine Macht heran, die mit dictirt, die soziale Arbeiterschaft! Das geht nicht! Da muß die Polizei her, um die Arbeiterswilligen zu schülen! Es war also ein direkter Angriff gegen die geistige Grundlage unseres gesammten gewerblichen Lebens! Es war ein Angriff auf den Frieden unserer wirtschaftlichen Einheitlichkeit; denn ohne Anerkennung des freien Arbeitsvertrages und des daraus erzielenden Koalitionsrechtes gibt es einen solchen Frieden nicht. Wenn Herr Böllsch dem bestufigt „ich bin dein Feind des Koalitionsrechtes“, so weiß er selbst nicht, was er eigentlich ist.“

Und Herr d. b. Nede? Er pflichtet Herrn Tesslich vollständig bei und hofft, daß seine Wünsche demnächst in Erfüllung gehen werden, d. h. Herr d. b. Nede ist vollständig bereit, den freien Arbeitsmarkt und das Koalitionsrecht zu Gunsten des Unternehmerthums abzuändern, nachdem sich "herausgestellt" hat, daß das Unternehmerthum bei diesen Grundlinien unserer Staatsordnung angeblich nicht bestehen kann. Herr d. b. Nede findet sein Wort gegen die Unternehmer und deren maßlos freibolzen Terrorismus. Er fragt, er untersucht nicht, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind, er schlägt allein die "Arbeitswilligen", d. h. das Sonderinteresse der Unternehmer.

Unserkenntnisswert ist die Opposition, welche die feindselige Abgeordnete Dr. Max Hirsch den Wortführern des reaktionären Gesetzes machte. Er erklärte, die Herren Minn und Hellsch hätten offensichtlich bestellte Arbeit geleistet, damit der Minister Gelegenheit bekommen sollte, für die Buchdruckergesetz vorlage zu sprechen. Welter sagte er:

Man spricht von mangelndem Schutz Arbeitswilliger in selben Augenblick, wo das für die baren Erfolgen in Dresden die gebildeten und unbildeten Kreise erregt. (Schriftlich!) WIE treten entgleisend gegen den Terrorismus aus oder auch gegen den der Arbeitgeber. Diese wollen nicht bloß die sozialdemokratischen Gewerkschaften zerstören, sondern auch unsere Gewerbevereine. Sind die schwägerlichen Völker der Arbeitgeber nicht ebenfalls Terroristen? Mir ist

es nicht bekannt, daß auf den Bauplätzen in Deutschland nur Sozialdemokraten arbeiten (Sachen rechts). Wenn die Arbeiter wirklich so zufrieden wären, wie die Herren es darstellen, wie können Handel, Gewerbe und Industrie eine solche Polizei haben, wie es die Ehrebrede darstellt? (Sehr richtig!) Sie (nach rechts) wollen bloß Slimming für die Buchhaltungsordnung machen. (Große Unruhe.) Die Auswüchse des Koalitionsvertrags, bei den Arbeitgebern wollen Sie nicht bestrafen, und doch machen diese sich sogar, am den Arbeitern vorzuhören, welche Maßnahmen sie treffen sollen, welche Wirtschaftsmaßnahmen sie durchsetzen sollen. (Sehr richtig! lins!) Die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer, wie Federmann weiß, bloß auf dem Papier.

Herr Ullng bewahrte sich aber gegen den Vorwurf, bestellte Arbeit geliefert zu haben und erklärte; gegen den sozialdemokratischen Terrorismus seien gerade die strengsten Strafen die richtigsten. Daß der Herr damit seine Sache besser gemacht hätte, können wir nicht finden.

Auch der freisinnige Abgeordnete Goldschmidt trat energisch für die so grösstlich insultirte Arbeiterschaft ein. Er sagte u. a.:

„Die Koalitionsfreiheit beruht auf Reichsgesetz. Diese wollen Sie aber nicht schüren. Im Gegenteil, Herr Helffling steht an der Spitze der Amtungsbewegung, die gegen alle Arbeiterinteressen auftritt (Kritik). Man vergaßt dabei diese Arbeiterinteressen, sonder sind, die natürlich die Bedürfnisse der Arbeit und auszuüben müssen. Warum verneinen Sie den Arbeitern, sich Anerkennungen zu verschaffen, wo das Streben auf Vermehrung des Einkommens doch bis in die allerhöchsten Kreise hineinreicht? Warum sollen Streikposten verbieten werden, die ihre Kameraden schützen wollen? (Bachem reag.) Ist es kein Schutz der Arbeiter, wenn er verhindert wird, in einer Arbeit zu resten, wo er mit seiner Familie vergnügt und glücklich sein kann? Sie ist auf der Rechten hören es allerdings nicht gern, wenn man von Arbeiterinteressen spricht. Sie wollen zu den bisherigen Strafbeschlüssen noch drakonische gegen die Zusammensetzung des Koalitionsrechts hinausstoßen.“

Das letzte Wort hatte Herr Hirsch, und was für ein Wort! Nachdem er mit seiner „Freundschaft für die Arbeiter“ sich gebrüstet, erklärte er:

Zu diesem demagogischen Institut kann man nur sagen immer wieder lachen. Die Debatte frägt zweitlos sehr viel zur Klärung der Situation bei; sie zeigt, wie die -ordnungs- politischen Hörer und Schärmacher beständig der Irrelevanz und das schon so lange vor ihnen gesetzte Verbrechen der Vernichtung des Koalitionsrechtes zur Ausführung zu bringen. Der Entscheidungskampf wird nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Büro Kritik der Dresdener Justiz.

Das geheime Verfahren und das Urteil des Dresdener Schwurgerichts in Sachen des des „Landfriedensbruch“ und „Totalschlagerufsch“ angeklagten. Ob dieser Bauer arbeiter hat in allen Kreisen der Bevölkerung ungesteuert Aufsehen erregt. Selbst die reaktionären Blätter die seit Jahren festgesetzt in frivoler Weise hemmlich gewesen sind, die für uns wütend machen gegen die organisierte Arbeiterschaft, können nicht umhin, das Verfahren auf seine Eigentümlichkeit und das Urteil auf seine Härtigkeit anzuschauen. Noch keine Stimme ist in diesen Blättern lauter geworden, welche den Auschluss der Oeffentlichkeit direkt als verdächtig gewagt hätte. Die „Neuzzeitung“ die das Urteil allerdings sehr drakonisch findet meint, es mügten doch wohl „kräftige Gründe“ für den Ausschluss der Oeffentlichkeit bestanden haben. Aber zu untersuchen, welche Art denn diese Gründe gewesen sein könnten, fällt dem Zunfer organ nicht ein.

„Uebrigens missbrauchen die meisten konserватiven und nationalliberalen Blätter den Dresdener Prozeß und seine schändlichen Opfer in erbärmlicher Weise zu einer Hetze gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisationen. Die konserватiven Korrespondenten vertheidigen nicht die Verurtheilten, sondern die sozialdemokratische Heiter“ in der Presse und in den Versammlungen seien die „eigentlich Schuldigen“. Die Stimmen der Post erkläre, man könne Mittel mit den Verurtheilten haben infolge als ihre verbrecherlichen Handlungen augenscheinlich von der Vermischnung der Rechtsbegriffe und der Sittlichkeitbegriffe infolge der sozialdemokratischen Lehren herrühren.“ Auch die „Kreuzzeitung“ mache die Sozialdemokratie für die Ausübung verantwortlich, und die „Königliche Zeitung“ will, obwohl „nicht nachgewiesen ist, daß die sozialdemokratische Partei als solche mit den Ausübungsbreitungen im Zusammenhang steht, doch diese Ausübung“ „in das Schultheiß der Sozialdemokratie“, als „Auslöser des politischen Hasses“ einzutragen wissen!

Derartige demagogisch-schärfliche Aussfälle richten sich selbstverständlich auf die Ausschreitungen von Arbeitern im wirtschaftlichen oder politischen Kampfe wider, sprechen durchaus aus der Sicht der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft. In der Arbeiterprese wie in den Arbeitervergänglungen ist seit Anbeginn der Arbeiterbewegung offensichtlich darauf hingewirkt worden, daß das für seine rechtlichen Interessen kämpfende Proletariat ja jegliche Ausschreitung enthalte und nur legaler Waffensiedene. Die Masse der Arbeiter hat noch stets, seit unter dem Druck des Sozialistengesetzes, allen Provokationen der Polizei-Monarchisten zum Trotz, dieser Grundsätzen Rechnung getragen. In keinem Lande der Welt kommen, dank dem siegreichen Willen der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaftorganisationen, weniger wirkliche Ausschreitungen als ausschließlich des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit vor als in Deutschland. Hier leben wirkliche Ausschreitungen, die Ausnahme davon der Regel. Sie werden begangen von solchen Arbeitern, die sich noch nicht oder noch nicht völlig

emanzipierten konnten von dem Geiste, in welchen die herrschende Gesellschaft sie „erzeugt“ hat. Diese Gesellschaft ist es, die den Geist der Nötheit neben der Unbilbung erzeugt und pflegt. „Auctoritäts- und Missglaube der bestreben- und besten Gesellschaft“ geben so oft die entscheidenden Beispiele von Nötheit und Brutalität. Aber sind auch die sozialdemokratischen Lehren verantwortlich zu machen für das Verbrechen des Duells; für die militärisch gerabende bishübsche Misshandlung von Soldaten durch Vorgesetzte; für die infamen gelehrten Gewaltthätigkeiten, welche so oft von Polizeiorganen an wehenden Menschen verübt werden; für die Brutalisierung von Dienstboten durch „gnädige Herren“; für die rohe, oft unsagbar gemeine, allen Sittlichkeitssiegeln beraubende Handlung, die so viele Unternehmer und deren Angestellte den Arbeitern zu Theil werden lassen? Jede derartige Nötheitsverfehlung, wie die Nötheit überwunden kommt, lediglich auf das Konto der Standes- und Staatsherrenschaft und ihrer Institutionen, wohingen der Geist der Sozialdemokratie und der Arbeiterorganisation stützend und bereidend wirkt. Die Jünger, die Agrarier, die Antifeministen erachten als „patriotisches Verdienst“, Bauern und Handwerker zu Gewaltthäufigkeiten aufzuhetzen. Dasselbe könnten wir viele Dinge von Beispielen vorbringen. Hier nur eines: Mirisch hat der königlich-preußische Amtsvorsteher Graf Pückler in Klein-Tschenien folgenden Ausdruck gehalten:

„Die Deutsche ist in gutmäßig und gebildig, freundlich und langmäßig lange Zeit; aber wenn sein Vorname einmal erreicht, dann ist er fürsüber und nicht mehr zu handhaben; dann erhält er die gewöhnliche Rechte zum Schläge und breißen und breißen und breißen, so lange, bis es nichts mehr zum Verhören giebt, bis das Judenthum vernichtet und zerstört ist, bis der Staub liegt. Dann wehe unseren Freunden vor diesem Zustand der deutschen Männer; lange genug hat der Bauer gelitten unter dem jüdischen Wörternspiel der biblischen Spottlanten, lange genug hat der Handwerker geleidet unter der furchtbaren Konkurrenz der Jüdenbands. Der Tag der Abrechnung ist gekommen.“

Etwas bürgerliche Blätter haben der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man das Dresden-Urteil mit anderen Städten vergleichen werde. Solche Vergleiche seien freilich hundertfach ange stellt worden. Wir haben nur einen Vergleich, den wir an anderer Stelle unseres Blattes zum Abschluß bringen könnten.

Die Opfer des Dresdener Urtheils befinden sich bereits am Orte ihrer Bestimmung, stehen hinter den Buchhausträgern, zwei in Gefängnis. Sie haben auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet, nachdem ihre Vertheidiger ihnen keine Hoffnung machen konnten, daß dieselbe Erfolg haben werde.

Die ultramontane „Röhn.-Börs.-Zeitung“ gleicht der Meinung Ausbruch; in dem der König von Sachsen gut berathen sei, so mache er von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch und mildere das drakonische Urtheil. Warten wir ab, ob der König solche Weisheit hat. Das steht fest: einen beglückdeten Anlaß sieht die Krone, von ihrem Begnadigungsrecht sehr weitgehenden Gebrauch zu machen, dürfte es kaum jemals geben, haben, als er in diesem Falle vorliegt. Hier würde die Begnadigung zu weit geringerer Strafe, welche Entzehrung ausstöscht, tatsächlich eine Korrektur des Urtheiles im ungünstigsten Sinne der Gerechtigkeit bedeuten. Werden Diebe und Betrüger, Sittenverbrecher, Duellmörder, reichliche Gewaltmautüren, brutale Polizeibeamte &c. &c. für würdig befunden der Milbung oder des Erlösches ihrer Strafe, so soll man uns einen sichhaltigen Grund nennen, daß die Opfer des Dresdener Prozesses nicht verdiensten, der gleichen Wohlthat sichhaltig zu werden.

Die Erbitterung über das Urteil ist in den weitesten, b
Boden des Herzens eingedrungen, daß unsere „Umschlagkämpfer“, b
die Feinde der Arbeitersbewegung, mit völliger Blindheit ge- b
schlagen sein müßten, wenn sie sich vermeilen könnten, hier vor- b
der „Rothwendbastei“, das Urteil in seine ganzen durchwundenen b
Streuge zu vollstreuen, zu sprechen, zumal von diesen Urteil b
völlig unglückliche Franken und Kinder in b
häretischer Weise mit betroffen werden.

folgend, nur angeleitet sein.
In dem diesbezüglichen Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wollen einige „gut gesinnte“ Männer eine „Beruhigung“ der Handlungswelt gewisse der Verurteilten schaffen; der Aufruf lautet: „... ich habe polizeilich unterdrückt werden müssen!!! Mit solch brutalem Wahnkram zu rechnen, verloht sich nicht der Witz! Wie langsam können die Dronings-Familien nun aus der Welt schauen, daß die Verurteilten Opfer der Klassenjustiz sind, deren Strafzonen in ganz keinem Verhältnis zu ihrer Bestrafung.“

Das Urtheil des öffentlichen Meinungsbewußtseins über diese Bestrafung kann zu Gunsten des Sprudels des Dresdener Gerichts auch nicht dadurch beeinflußt werden, daß das am 11. Februar 1848 im "Dresdener Journal" den Verlangen bürgerlicher Blätter nach einer offiziellen Darstellung der gehörigen gesuchten Verhandlung nunmehr Nachdruck getragen habe. Diese Darstellung, läßt das Vorgetheue der Verurtheilten, das an sich von Niemann, auch dort uns nicht geneigt ist, keineswegs schämmer erscheinen, als es nach den bekannten von uns vorhergebrachten gewöhnlichen Einzelheiten zu erachten ist. Es ist und bleibt gemeinschaftlich begangene Körperverletzung, die der Mißhandelte durch Revolverschüsse selbst provoziert hat. Auch nach dieser offiziellen Darstellung kann nicht davon die Rede sein, daß die Verurtheilten des Anstandsverschusses und des Todesfalls verantwortlich sind.

Durch die Oeffentlichkeit wird in einem solchen Prozesse, wie dem vorliegenden, wo politische Momente die Triebfedern des Handelns bildeten, der Ausgang vollkommen in Zweifel gestellt. Dabei muss in Erwägung gezogen werden, dass auch Ausschreitungen im Zustand der Rauhheit zu befürchten sind, welche die Würde des Gerichts beeinträchtigen und nur zu neuen, die Allgemeinheit bedrohenden Strafverhandlungen führen werden. Mit Absicht darauf, kommt auf die jetzige Zeit der Klassenkämpfe, wo planmäßig Sack und Anwalt zwischen Unternehmern und Arbeitern gefügt wird, in der Öffentlichkeit der Verhandlungen in der That eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu erwarten.

All diese zu Gunsten des Auskusses der Oeffentlichkeit vorgebrachten Erwägungen sind hinfällig. Es ist eine *soziale Unwichtigkeit*, das politische Moment der Triebfedern des Handelns bildeten. Der Hinweis auf die Klassenkämpfe ist charakteristisch, um so mehr, als das was sich da im Dresdener Schöpfergerichtssaal abspielte, nichts Anderes war, als ein *Sack Klassenkampf*. Wer sind diese Dienstleistungen, die planmäßig Sack und Anwalt zwischen Unternehmern und Arbeitern seien? Das sind jene „*Ordnungspolitiker*“, welche bestellt sind, die Arbeitnehmer zu *vergewaltigen* zu entrichten. Der Übermut, die Ungerechtigkeit des herrschenden Klasseninteresses ist die Quelle des Hasses und des Unrecht.

Kundschall.

* Unternehmer-Terrorismus. Graf Bosodowsh wird sich bald eine neue Mappe zulegen müssen, denn die Fälle des ostentatigsten Terrorismus häufen sich in geradezu unerhörlicher Weise. Aus Augsburg wird uns dieses beständig geschrieben: Die Maurer am liegenden Ort haben sich in letzter Zeit ihrer Organisation, dem Centralverbande, angegeschlossen, und hat die Organisation am Ort auch sofort erhebliche Vorschriften gemacht. Das erzeugt den Unwillen der Unternehmer im Baugewerbe. Dieses Missfallen macht sich nun zunächst auf in der Maßregelung des Bevollmächtigten, der von seinem Arbeitsgeber, dem Baumeister Keller, aus seiner seit sechs Jahren untergehaltenen Stellung entstehen wurde. Einer des Herrn Kellers bestrengte vorstellig gewordene Kommission der Gewerkschaftsvereinigung gegenüber erklärte — der liberale Gemeindebevollmächtigte unumwunden, dass er sowohl wie seine Kollegen jeden Arbeiter auf's Pfaster werfen, der nur einigermaßen eine Täglichkeit für die Maurerorganisation entwickeln werde; der Gewerke sei ihm ein sicher, weil wichtiger Arbeiter genommen, aber das „*Hegen*“ und „*Aufzugehen*“ könne er nicht dulden. Seher, das das Gleiche thue, silege hin-a-ha.

Ganz sonderbar mutet es auch beschreiben, dass der Gewerke regelte des Deterior ganz unumstößliche Verpflichtung eines Polizeibeamten erhält, was den Anschein erweckt, als wenn der Gewerke gleichzeitig unter Polizeiaufsicht gestellt sei. Der vom Unternehmer Kellner gemahngte hatte bei einem anderen Unternehmer Arbeit erhalten, wurde aber nach einigen Tagen wieder entlassen, weil in der Unternehmung angeblich von städtischen Behörden mit Arbeitsentziehung bedroht worden ist. Einem anderen Unternehmer, der den Gewerken gleichfalls in Arbeit nehmen wollte, hat man mit der Entziehung des Verleihespolitals gedroht.

Die Überwachung des Gewerke regelten durch die Polizei wurde inzwischen nunmehr fortgesetzt. So und wie viel Untersuchung unserer Bevollmächtigten erhält, wie lange die Untersuchung andauerte und manches Andere wünscht die brave Polizei zu wissen. Schließlich wurde dem Bevollmächtigten von einem Polizeiamt einen mitgeteilt, dass zunächst fälschlich Ausdrucksgleicher (Verwaltung der Zivilstelle) ausgesperrt wurden, wenn es sich um die Bevollmächtigte, nicht um der Sache, der Organisation also, handele. Am Augsburg wird also von den Unternehmern in offenkundiger Weise Terrorismus gelobt, wobei sie die Untersuchung von Polizeibeamten, ob bewusst oder unbewusst, bleibe dahingestellt, in ausreichendem Maße finden.

* Der Dresdener Schöpfergerichtsbezirk gegen die Dresdner Bauarbeiter, der bestialisch hinter verschlossenen Thüren durchgeführt wurde, und das überaus harde Urteil haben nachdrücklich durch das offizielle „Dresdener Journal“ eine Rechtfertigung erfahren. Das Weitwirken der Richter und Geschworenen ist dem habsburgischen Organ allerdinge schlecht genug gelungen, der Nachberichtigungsversuch kann nur die Ansicht erwecken, als habe das Gericht ein *Teubenzurth* gehafth. Um das Urteil in die richtige Bedeutung zu stellen, wollen wir an einen Prozess erinnern, der als Ergebnis ein wesentlich milderes Urteil zielte, trotzdem wohl schwere Verfehlungen gegen das Gesetz von den Angeklagten begangen wurden, als dies den Dresdner Bauarbeiter nachgewiesen waren. Freilich handelte es sich in diesem Falle um „rechtskreis“ Bergarbeiter, während die in Dresden Gerichteten in ihrer Mehrheit der Sozialdemokratie angehören. Der Prozess, den wir als Vergleich heranziehen, stellte sich im Jahre 1892 in Görlitz ab; denselben lag folgender Urtheilstext zu Grunde:

Am 31. Mai 1892 sollte Nachmittags im „Kronprinzen“ zu Görlitz eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Da der Einberuf der Versammlung schon vorher unterteilt war, dass die „rechtskreis“ Bergarbeiter einen Antrag gegen die Versammlung pläten, verbot er ihnen der Einsatz befehlt. Trotzdem erschien eine Schar Bergarbeiter vor dem Versammlungsorte, mit der Absicht, die Versammlung zu sprengen. Es handelte sich dabei um einen lange vorher geplanten Lieberfall, der noch dazu durch einen Polizeibeamten unterschlagen wurde. Durch die Begegnungen wurde festgestellt, dass das ganze Volk leer gebrückt werden sollte, dass Hoffmann, der Befehlsetter, und die anderen Sozialdemokraten abgedrängt werden sollten.

Als den Bergarbeiter der Befehl, dass dem Volk verwehrt wurde, überstanden sie bis zum Ende, die an der Thür hielten und hielten den Eintritt verbieten, und als sie sich den Eintritt erzwingen hatten, schlugen sie mit Stocken, Gummiknüdeln, eingekerbten Eisenstäben, Schaufeln, Schaufelkettchen auf die Außenwände ein, zertrümmerten Thüren, häuften Blöcke. Ein Schaufelkettchen wurde mit dem Worten: „Du solltest Dich um Dein junges Ende kümmern, Dich nehmen wir für Sack“ zur Sackthür hinaus und beschädigten Bergarbeiter in die Arme geworfen. Dem Einberuf der Versammlung wurde zugeschrieben: „Zogt werdet Ihr geschlachtet; Krüppel, Du wirst gehauen.“

Draußen hatten sich inzwischen die Bergarbeiter reihenweise aufgestellt, jeden Herauskommen schlagend. Der Versammlungsbefürcher Mittersträubte sich gegen das Hinauswerfen und hielt sich am Thürgriff fest, wurde aber von dem Polizeisergeanten Köhler losgerissen, hinausgeschoben und, obgleich er mit vorgehaltener Faust gegen die drohende Menge stieß und um Schutz suchend zurückdrängte, mit Gewalt den Draußenstehenden zugeworfen mit den Worten: „Hier ist der Hund, schlägt ihn tot!“

Das zweite Opfer dieses Beamten war der Handelsmann Bischof; als desselbe den „Kronprinzen“ verließ und sich nach der Seite der Namhorstraße zu begab, schrie Köhler: „Mach, raus, sehr kommt Bischof, den kann Ihr tödlich schlagen, der folgt nichts darauf“, worauf auch Bischof zu Boden geschlagen wurde.

Die Ursachengründe des Görlitzer Gerichts führen aus: „Die Schlägerei ist eine sehr blutige gewesen. Das ist von den verschleierten unbestimmten Beobachtern in überzeugender Weise versichert worden. Das dem „Kronprinzen“ gegenüberliegende Postamt war vollständig ausgelöscht und zerstört. Nichts Anderes war, als ein Sack Klassenkampf.“ Wer sind diese Dienstleistungen, die planmäßig Sack und Anwalt zwischen Unternehmern und Arbeitern seien? Das sind jene „*Ordnungspolitiker*“, welche bestellt sind, die Arbeitnehmer zu *vergewaltigen* zu entrichten. Der Übermut, die Ungerechtigkeit des herrschenden Klasseninteresses ist die Quelle des Hasses und des Unrecht.

Dies also der wesenlichste Thalbestand. Und nun vergleiche man die Strafen aus:

Görlitz mit denen aus Dresden: Görlitz ist Mietzins für Mietzinsler; schlug er die Mietzinsler nicht erwartunglos mit einem Gußmühlstock in den einen Schraubenmutter eingebunden war. Neun Monate Gefängnis und begradigt! Köhler forderte als Beamter die Vergeltung aus, die Sozialdemokraten lobt zu schlagen. Sechs Monate Gefängnis und begradigt!

Im gleichen Falle (aber nicht als Beamte, sondern als angekündigte Arbeiter) zwangsarbeitete er einen Jahr Buchthaus, Schmideler neun Jahre Buchthaus, Schmideler neun Jahre Buchthaus, zwölf Jahre Buchthaus. Im gleichen Falle Gedächtnis sieben Jahre Buchthaus, Leiser sechzehn Jahre Buchthaus, Pfeiffer sechs Jahre Buchthaus.

Die an den Misshandlungen beteiligten Bergleute wurden 6 Monate Gefängnis, Glas 4 Monate Gefängnis, Breithaupt 1 Woche Gefängnis, Neupert 1 Monat Gefängnis, Böckel 3 Monate Gefängnis, Günther 8 Wochen Gefängnis, Ottomeyer vier Monate Gefängnis, Pfeiffer drei Wochen Gefängnis und begradigt! Der Bergmann Hoffmann, der nur unter der tumultuarischen Wogen gewesen, aber des Mittschlags nicht von Überschreitung war, freigesprochen!

Der große Unterschied in den beiden Urteilen sprang in die Augen; er erklärt sich für den aufmerksamen Beobachter unseres Buchthausurteils von selbst. Es genügt zur Kennzeichnung der Verantwortung eines härteren Bergmanns gegen die Arbeiter, wenn wir darauf hinweisen, dass in Görlitz der Staatsanwalt Göde zur Entlastigung der Bergleute vorbrachte, es komme auf die politische Geistigkeit der Thäter an, auf der einen Seite Leute, welche den Staat und die Gesellschaft retten, auf der anderen Solche, die Alles umstürzen und verderben wollen.

Eine andere, richtigere Würdigung des Dresdener Urteils ist und leider in Mitleid auf die herzlich deutlich Prechtreiche nicht möglich. * Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen-Altmark. Zu einem recht sonderbaren Versammlungsverbot kam es in dem Orte Meuselwitz. Hier hatte jemand die Abhaltung der Versammlung auf dem Bau gelehnt. Zur Zeit der Hochwasserkatastrophe aber glaubt ein nothdürftiger Schneider, was dessen defekte Brüder an Fenstern und Thüren aus, verlustig die Hilfe in den Wänden, und dann steht die gräßige Phantasie, der deren Verstellung als Arbeiter vorbereitet werden; an diesem Bau war ein einziger Anter vorhanden — Eisen kostet Geld!

Nun ist es freilich verwunderlich, dass der Baukommissar, das Fehlen des Anters völlig entging. Baumeister und Zimmermeister sind bei der Stobau abnahmen zugesehen, stehen sich die Sache gewissenhaft an — und merken nichts!

Das ist etwas möglich ist, erklärt sich aus der üblich ungenügenden Beaufsichtigung. Wenn hätte ein Baumeister je einen Beamten außer bei der Abnahme auf dem Bau gesehen?

Zur Zeit der Hochwasserkatastrophe aber glaubt ein nothdürftiger Schneider, was dessen defekte Brüder an Fenstern und Thüren aus, verlustig die Hilfe in den Wänden, und dann steht die gräßige Phantasie, der deren Verstellung als Arbeiter vorbereitet werden;

Die Parole muss sein, dass auch während der Ausführung des Baues behördliche Kontrolle zur Stelle sei. Das Bleiben

Bestätigung des der Abnahme ist für die Lage.

Und dann tritt natürlich das alte Leben ein, das die Bauinspektoren rein aus Zeitmangel ihre Aufgabe nicht entfernt erfüllen können. Ist es doch in einem bestimmten Falle vorgesehen, dass ein Polizeiwachtmeister bei der Nachfrage eines Arbeiters erkläre, er wisse wohl, dass auf dem Betrieb von Kunden keine Beschäftigung für die Verbindung verlangt, nicht aber die Genehmigung nachgeschaut habe, die der Herr Stadtrath garnicht zu erhalten habe. Es stand nun an Stelle der örtlichen eine Vereinsversammlung statt, und zwar ohne polizeiliche Überwachung. Vorher schon hatte sich der Einberuf beschwerdefreudig an das Wilmersdorf gewandt und erhielt nach der Versammlung folgenden ministeriellen Bescheid:

Hierzu ist die Abhaltung der Versammlung des Sachsen-Altmark-Ministeriums, Abteilung des Innern.

Die Beschwerde des Zimmermanns ... dort über die Verfolgung vom 17. 5. durch welche die Abhaltung der auf den 21. Januar, Abends 6 Uhr, von dem Beschwerdefreudig einberufenen örtlichen Zimmermeisterversammlung verboten worden ist, wird zurückgewiesen. Nachdem in den letzten Monaten in Wilmersdorf wiederholt große Schäden der öffentlichen Ruhe und Ordnung stattgefunden haben, hat der Stadtrath gerechtfertigte Verurteilung, jeder Gelegenheit vorzugeben, durch welche eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herverufen werden könnte. Bei solchen Gelegenheiten gebietet öffentliche Verurteilung. Das Verbot der Versammlung war denkt nach § 8 G.O., die Verhinderung des Wilmersdorfs des Verbindungsbrechtes betr., vom 28 Januar 1888, G.S. S. 7, begründet.

Das steht ja aus, als wenn über Meuselwitz stets gewissengen der Belagerungsschutz verhangt ist, denn nach einer solchen Verbindung ist jede Versammlung unmöglich gestattet. Das ist natürlich Versammlungen jener Partei, die den Herrn Stadtrath unangenehm sind.

Baugewerblide.

* Rechtfertigt der Bauarbeiter. Karlsbad. Der Holzbauarbeiter, der gegenwärtig gegenüber dem Centralbahnhof arbeitet wird, ist in der Nacht vom 12. bis 13. Februar all-

gefährdet. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der Einbruch ist auf mangelhafte Bauausführung zurückzuführen.

* Das Baumglück in Salzburg bei Berlin, über das wir in letzter Nummer kurz berichtet, gehabt ist zu einer um so furchtbarener Anlage gegen das heilige Bauwerk, se mehr seine Urfäden an's Tageslicht treten.

Seit Jahren haben die organisierten Arbeiter im Bauaufbau die Regierungskräfte auf die moderne „Baukunst“ aufmerksam machen gewusst — vergeblich!

Man sollte oben so voll auf den Schuh der Arbeitswilligen und der Unternehmer zu ihm — wer sollte sich namentlich im Felde des Buchthausführers eingeben um die Arbeit im Bauaufbau kümmern. Nunzehr hat der Tod einer Angestellten die Situation auf einige Zeit gefährdet. Auch das Publikum ist geworden, welchen Gefahren es ausgesetzt ist, wenn es in den modernen Schindelbauten zu wohnen hat, und man wird sich nun gewöhl auf einige Tage in Untersuchungen und Erhebungen abstimmen.

Wird etwas dabei herauskommen? Man sollte es eigentlich denken.

Wie dem „Borndörft“ von bautechnischer Seite mitgespielt wird, ist der Bau in der Ringbahnenstraße 121 gewissermaßen typisch in seiner Art. Außen wichtig, innen nichts. Einiger oberflächlicher Zug an der Front, und im Geiste San — nichts als Sand.

Das Verbindungsstück bestand aus selbstgemachtem Weißsand, der mit dem Sand, wie er auf der Baustelle aufgebracht wurde, genügt war. Solchen Material fehlt die Bindemasse, es ist schlaff und weich und trocken selbst, nachdem es Monate lang verarbeitet worden, nicht döllig. Broten, die am Sonntag vorher aus dem Gefüge genommen waren, hatten sich leicht von den Stücken gelöst und zerstreut sich zwischen den Blättern wie Mehl. Gewissenhaft Baumelker lassen den selbstausgehobenen Sand zur Hölle mit scharem Mauerstand mischen. Gest dann ist die nötige Bindemasse hergestellt.

Nun kommt noch hinzu, dass bei der Aufforarbeit, wo es gilt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Steine zu vermauern, auf die schwierige und zeitraubende Arbeit der Kalkbereitung setzt die nötige Aufmerksamkeit verwandt wird. Am Endingsbach ist fern der Bauregel des „Verbandbaus“ völlig außer Acht gelassen worden, durch die die Zahl des Gebäudes erst auf alle Säle gleichmäßig verteilt wird. An dem Punkte, wo sich die Wand der Sinterfront mit der Wand des Treppenhauses trifft, hatte sich das Treppenhaus glatt abgedüst und war vom Dach bis zum Keller in sich zusammengezogen. Kein Wunder, wie die Branterei fehlte und die Aufforarbeit die notwendige Sorgfalt gänzlich außer Acht ließ.

Nach so etwas Regeln der Baukunst soll jede Etage verdeckt werden; an diesem Bau war ein einziger Anter vorhanden — Eisen kostet Geld!

Nun ist es freilich verwunderlich, dass der Baukommissar, das Fehlen des Anters völlig entgang. Baumeister und Zimmermeister sind bei der Stobau abnahmen zugesehen, stehen sich die Sache gewissenhaft an — und merken nichts!

Das ist etwas möglich ist, erklärt sich aus der üblich ungenügenden Beaufsichtigung. Wenn hätte ein Baumeister je einen Beamten außer bei der Abnahme auf dem Bau gesehen?

Zur Zeit der Hochwasserkatastrophe aber glaubt ein nothdürftiger Schneider, was dessen defekte Brüder an Fenstern und Thüren aus, verlustig die Hilfe in den Wänden, und dann steht die gräßige Phantasie, der deren Verstellung als Arbeiter vorbereitet werden;

Die Parole muss sein, dass auch während der Ausführung des Baues behördliche Kontrolle zur Stelle sei. Das Bleiben

Bestätigung des der Abnahme ist für die Lage.

Und dann tritt natürlich das alte Leben ein, das die Bauinspektoren rein aus Zeitmangel ihre Aufgabe nicht entfernt erfüllen können. Ist es doch in einem bestimmten Falle vorgesehen, dass ein Polizeiwachtmeister bei der Nachfrage eines Arbeiters erkläre, er wisse wohl, dass auf dem Betrieb von Kunden keine Beschäftigung verlangt, nicht aber die Genehmigung nachgeschaut habe, die der Herr Stadtrath garnicht zu erhalten habe. Es stand nun an Stelle der örtlichen eine Vereinsversammlung statt, und zwar ohne polizeiliche Überwachung. Vorher schon hatte sich der Einberuf beschwerdefreudig an das Wilmersdorf gewandt und erhielt nach der Versammlung

folgenden ministeriellen Bescheid:

Hierzu ist die Abhaltung der Versammlung des Sachsen-Altmark-Ministeriums, Abteilung des Innern.

Die Beschwerde des Zimmermanns ... dort über die Verfolgung vom 17. 5. durch welche die Abhaltung der auf den 21. Januar, Abends 6 Uhr, von dem Beschwerdefreudig einberufenen örtlichen Zimmermeisterversammlung verboten worden ist, wird zurückgewiesen. Nachdem in den letzten Monaten in Wilmersdorf wiederholt große Schäden der öffentlichen Ruhe und Ordnung stattgefunden haben, hat der Stadtrath gerechtfertigte Verurteilung, jeder Gelegenheit vorzugeben, durch welche eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herverufen werden könnte. Bei solchen Gelegenheiten gebietet öffentliche Verurteilung. Das Verbot der Versammlung war denkt nach § 8 G.O., die Verhinderung des Wilmersdorfs des Verbindungsbrechtes betr., vom 28 Januar 1888, G.S. S. 7, begründet.

Das steht ja aus, als wenn über Meuselwitz stets gewissengen der Belagerungsschutz verhangt ist, denn nach einer solchen Verbindung ist jede Versammlung unmöglich gestattet.

Wird die Regierung, die mit so regem Interesse für das Buchthausmaterial sammelt, jetzt an's Werk gehen, Leben und Gesundheit der Bauarbeiter wenigstens ganz nothdürftig zu sichern?

Die Londoner Bauarbeiter und ihre Arbeitsleistung.

II.

Wer, wie gelang, Wunscht weniger so wenig wie Datchelor und Taylor, das unter den Arbeitern unregelmäßigkeiten vorzufinden sind, „Platzkrieg“, sagt er, „ist es richtig, dass wenn vier Meister einem Mann nachlaufen, dieser ein Mann, ob es nun ein Mittelgeschäftsfamilie gründender Herzog, ein gewisser Lordmayor oder ein Bauer ist, natürlich seine Wichtigkeit und seinen Preis erhält. Kann er ihn nicht in höheren Kosten erledigen, benötigt er gelegentlich seine höhere Position dazu, weniger Arbeit zu leisten. Aber ich kann mich sagen zu tun, dass dies nur Schwarz-Schafe sind, die die Wiederholung bilden. Sinter bleibt höchstens, bis die Verhinderung der Belagerung als ein Mittel zur Verbesserung ihrer Strafe nach sich zieht —, sehen die alten Alkoholbars sagen. Sie sind Arbeitstag mit Tagelohn mit keinen leichten Arbeitstagen pro Woche nicht zufrieden, sondern die Arbeitszeit mit ihren drei oder vier Arbeitstagen pro Woche vorgezogen, sowie das unregelmäßige Leben, das sie führt die Arbeit, und die standabreise Arbeit, die sie für Meister und Kunden mit

sich brachte — die Schlußarbeit, die sie notwendigerweise bedeutet." Burns glaubt nicht, daß systematisches Schwänzen der Arbeit existiert, setzt hinzu, daß, wenn es existierte, dies in der That eine ernste, ja traurige Sache für die Allgemeinheit und eine noch ernstere Sache für die Arbeiter selbst wäre. Denn es würde bedeuten, daß ihr Gemeinsinn an Kraft verliere und ihr soziales Pflichtgefühl abnehmen. Dieser moralische Verfall müsse aber Dehnen überlassen bleiben, die Vordern noch spinnen, für die Masse der Nation, und dies seien die Arbeiter, sei es "ein zu kostspieliges Vorhaben".

Genug, man erfreut aus dem Angeführten, daß erstens die Angaben über die erfolgte Verhinderung der Baustoffen durch die Bauarbeiter selbst möglich übertragen sind, daß zweitens, soweit sie richtig sind, sie zum Theil nur die unangenehmen Folgen der Verbesserung der Arbeitsqualität und der berichtigten höheren Lebensansprüche der Arbeiter konstatieren, zum Theil aber Dinge treffen, die weiter der Großfachstrahlt, noch die Führer der Arbeiterorganisationen unterstützen oder auch nur befähigen. Der Großfachstrahl verlangt von seinen Arbeitern für die günstigsten Bedingungen, die er ihnen zubilligt, ordentliche Arbeit, sowohl was Leidenschaft als was die Menge anstreift, und die ihm angehörenden Arbeitertreter haben ihn darin stets untersetzt; auch wenn sie dadurch Gefahr liefern, an Populärität einzuhüben. Es sind mit verschiedenster Beispiele belegt.

Man kann sich in selbst sagen, daß an Arbeitern, die für Behörden tätig sind, ganz dieselben Versuchungen herantreten, welche in den Büros der Behörden von jeder zu Haufe sind, und der handelnde sehr kurzfristig, der sich verbindigt, das es ein Lebendes Gebot demokratischer Verwaltung ist, solchen Versuchungen entgegenzuwirken. Die Arbeitertreter im Großfachstrahl handeln sehr viel richtiger als einige ihrer radikalsten Kritiker, wenn sie energetisch darauf bestehen, daß die Masse ihr volles Werk für den erhaltenen Lohn verrichten. Es ist nichts weniger als Spießbürgertum, was ihrem Verhalten zu Grunde liegt, sondern ein durchaus sozialistischer Geiste. Der Allgemeinheit, was der Allgemeinheit gefällt.

Hören wir noch einmal Burns und Taylor, die anerkannten Vertreter organisierter Arbeitnehmer im Gewerkschaftsrat (die Dänen von Burns werden größtenteils von der Gewerkschaft der Maschinenbauer, die Taylor's vom Verband der Maurer bezahlt). "In diesem Gestalter der Großfachstrahl, wo nur zu häufig Nichts für etwas gegeben wird," schreibt Burns, "darf man sich nicht wundern, wenn einige Arbeiter, die durch das Überwiegen der Nachfrage über das Angebot plötzlich aus der Sphäre der niedrigen Löhne entlegener Distrikte emporgehoben werden, ihre Position missbrauchen. Jede Klaft hat dies gethan.... Man darf die Masse der Bauarbeiter nicht nach ihren Ausnahmen beurtheilen. Wir im Großfachstrahl können an der Art, wie wir Arbeiten ausführen, nicht viel materiell ändern, wir können uns nur auf den Gemeinsinn unserer Arbeiter verlassen, alles Das, was an den Gründen der erprobten Kosten zu Unrecht mitwirkt, um das zu können, müssen und werden wir ihm. Ich appelliere an sie, dem Gemeinsinn einen Beitrag von Arbeit zu zugeben, der den Betrag jedes Bauarbeiters zur Lösung des Problems der Bevölkerung der Bevölkerung sein muß. Es ist ihre Pflicht, in der Form guter und ehrlicher Arbeit im Großfachstrahl ihre Anerkennung für das abzufordern, was er für ihre Löhne, Arbeitszeit und Sicherheit in der Arbeit gehabt und ihren Anteil am Wiederaufbau der Stadt zu leisten, die der Mitarbeit ihrer Industriebedürfnisse und ganz besonders der Bauarbeiter so sehr bedarf.

So wünschte, daß die Maurer für die Municipalität noch mehr thäten, als für die Kontraktunternehmer, erklärt Taylor, der Vertreter der Maurer im Rath, "denn die Wähler sind faktisch die Aktionäre der Municipalität, und viele von ihnen sind weit ärmer als Diejenigen, die von ihnen ihre Böhne empfangen."

So sprechen Diejenigen, welche den Großfachstrahl, nach der Bevölkerung der Berliner Politischen Nachrichten, "sozialdemokratisch beschriftet". So sprechen und dann handeln sie, soweit es in ihrer Macht steht, zu handeln! Wo sich Missbräuche bei Arbeiten für den Großfachstrahl eintreten wollten, sind sie die Erfüllten gewesen, aus ihrer Abstellung hingeworfen, und es ist doch Niemand, der behaupten könnte, daß der Großfachstrahl heute von den Arbeitern unrecht bedient werde. Die allgemeine Lohnsteigerung der letzten Jahre, die übrigens sehr viel geringer ist, als die Preise steigerung bei Baumaterials — sie beträgt nicht über 10—15 %, während der Preis der Bausteine um mehr als 50 % gestiegen ist —, ist eine Sache für sich und jedenfalls nicht so hoch, daß sie den Männern ein Einkommen über den Satz für gute qualifizierte Arbeit gestohlen.

Wichtigt die Verminderung der Arbeitsmenge. Darüber ist es natürlich schwer, zu urtheilen; so viel aber geht aus den zitierten Aussagen der Unternehmer selbst her vor, daß sie nicht so bedeutend sein kann, wie sie Einzelne von ihnen hinstellen, daß sie durch die erhöhte Qualität der Arbeit zu einem großen Theile ausgeglichen wird. Es wird entschieden heute besser gebaut als früher. Die Häuser für die wohlhabenden Klassen, wie die Häuser für die ärmeren Bevölkerung, weiter sowohl in Bezug auf Bequemlichkeit und Form wie in Bezug auf Solidität einen unverhüllten Fortschritt gegen die entsprechenden Häuser auf, die vor 20 und 30 Jahren gebaut wurden. Es mag jedoch auch eine Abnahme der Arbeitsmenge vorliegen, die nicht durch die Qualität der Arbeit aufgewogen wird. Sowohl sie als ich ein und durch Vertrag zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbart in, werden gerade die "Berl. Pol. Nachrichten" und Blätter ähnlichen Schlages nichts gegen sie einwenden können, denn da beruht sie ja gerade auf dem heutigen Gesetz von An-

gebots und Nachfrage, wie Mr. Plumbe ehrlicher Weise bemerkt hat. Das "Schwängen" dagegen, d. h. das unehrliche Herausdrücken der Leistungen, könnte selbsterklärend nur entshuldigt werden als Zuflucht unterdrückter Arbeiter gegen übermäßige Schwesterebrei. Davor ist bei den Bauarbeitern Londons heute nicht die Rede. Wie führen uns also auch nicht hemmhaft. Diejenigen unter Ihnen zu verbündigen, die es tun würden. Wir können nur konstatieren, daß uns ein Unternehmer, der Hunderte von Dauern gebaut hat und unumgekehrt neu baut, auf unsere Anfrage, ob das Schwängen (skirking) wirklich so verbreitet sei, zur Antwort gab:

"Was darüber geschrieben wird, ist dummes Geschwätz. Bei ordentlicher Behandlung und geübter Kontrolle wird von den Arbeitern heute so viel geleistet, wie man billigerweise von ihnen verlangen kann."

Lohnbewegungen und Streiks. Maurer.

In Delmenhorst sind die Bauarbeiterleute in den Streik eingetreten. Anlass dazu gab die Maßregelung einiger 20 Maurer, umsonst gewählter. Infolgedessen sind auch jetzt 20 Maurer arbeitslos geworden.

Seit einiger Zeit sind die Kollegen in Gr. Lübeckseb in Aktion getreten, zur Erzeugung des neuflüssigen Arbeitslohs und eines Stundenlohns von 60 %. Einige Unternehmer haben die Forderung bereits befriedigt, während andere wiederum sich dochzeitig stellen. Bei diesen Letzteren haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, um sie zur Anerkennung der Forderung zu zwingen.

Auf unserer Bewegung.

(Redaktionsschluss für Versammlungsberichte und Eingesandtes Montags Abends 8 Uhr.)

Am 2. Februar fand am 8. Januar eine öffentliche Maurerversammlung statt, zu der Kollegen aus Bruchmühle, Eggerdorf, Petershagen, Sieberg und Wiedholz erschienen waren. 32 Kollegen waren anwesend, welche einstimmig beschlossen, dem Zentralverband der Maurer beizutreten und sofort eine Bäsliste zu gründen. In die Verwaltung wurde H. Kohl als Bevollmächtigter und H. Nagler als Schriftführer gewählt. Kollege Schulz-Charlottenburg ist das einleitende Referat. Die zweite Versammlung fand am 5. Februar statt. Die Zahl der Mitglieder war inzwischen auf 50 gestiegen. Franz Schulz-Berlin hielt einen Vortrag über die Probleme in der Organisation. Dann wurde eine Lohnkommission gewählt. Zehn werden Löhne von 80—88 % gesetzt. Die Kollegen verlangen 40 % Mindestlohn, Begleichung der Lautzeit, gute Pausen und Regelung der Arbeitszeit.

Die Maurer Altona hielten am 7. Februar eine öffentliche Versammlung ab. Von Rossmann des Unternehmensfonds wurde zunächst die Abrechnung für 1898 vorgelegt. Es wurde eine Einnahme von M. 1828,70 erzielt, der gegenüber steht eine Ausgabe von M. 1015. Dem Rossmann wurde Entlastung ertheilt. Nach einer kurzen Diskussion wurde beschlossen, zur Unterstützung der Familien der in Dresden durch das jüngst erfolgte Schwurgerichtsurteil so sehr schwer bestroffenen Bauarbeiter M. 200 abzuzahlen. Dem Rossmann wurde ein Betrag von M. 35,40 als Mansfelder und für Arbeitsentziehung abgesprochen. Rossmann wurde ferner, der Streitunterstützung, Beiträge wie im verlorenen Jahre beizubehalten und hierauf auf Wahl der betreffenden Kommission geschritten, in welche Althoff, Höhner, Mölln, Kruse und Scheibling sowie Stammer und Steiner zu Mitgliedern gewählt wurden. Die Liquidationskommission von 1891 berichtete, daß sie noch im M. 450 sei; die Ausstände betrugen jedoch noch M. 578; es sei aber nicht daran zu denken, daß hierauf noch etwas eingehen werde. Sie beantragte nunmehr, die Kommission aufzulösen. Nachdem ein diebezüglicher Beschuß gefasst und beschlossen worden, dieselbe als Biblisches-Kommission weiterzuführen zu lassen, wurden bestrebt, die M. 450 von der Liquidationskommission und M. 40 von Unternehmensfonds zur Erweiterung der Biblischen überwiesen.

In Altenburg tagte am 12. Februar eine Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom Winterperiode ergab einen Überschuss von M. 10,50; derfelbe wurde zur Unterstützung der Angehörigen der Dresdener Verurteilten bestimmt. Die Stichzahl eines Delegierten zum Verbandsstage ergab für K. u. T. 26 und für T. o. 3 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde Lehmann angenommen. Bezuglich des Lohnarbeitsrates wurde beschlossen, an dem Stundenlohn von 80 % festzuhalten. Grundlage mag noch werden, daß die Unternehmer trotz zweimaligen Ertrugs der Lohnkommission sich nicht genügend fühlten, mit dieser über die schwedende Differenz in Unterhandlung zu treten. Der Kollege Herrn. H. Hoffmann wurde auf ein halbes Jahr auf dem Verbande ausgeschlossen.

Die Bäsliste Welschen holt am 5. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Es stand zur Abrechnung: Zahl eines Delegierten zum Verbandsstage und wurden Stimmen abgegeben: für Kauer 36, für Tost 1 und 3 ungültig. Hierauf wurde zur Wahl der örtlichen Verwaltung geschritten. Als erster Bevollmächtigter wurde Karl Bäsliste und als erster Kassier Wilhelm Kainz gewählt. Mehrere Kollegen sprachen sich dahin aus, die wöchentlichen Beiträge beim Alten zu lassen. Der Bevollmächtigte wurde beauftragt, den Verbandsstags-Delegierten unserer Bäsliste abzuhelfen, davon in Kenntnis zu setzen. Der Bevollmächtigte sprach den Wunsch aus, die Kollegen möchten die Verhandlungen gegen den Betrieb einzuholen wie heute, da es dann eine Lohn- oder Verhandlung einzuberufen und zu leiten. Hierauf Schluß der Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Gefallenorganisation.

In der am 5. Februar in Bergedorf abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, den strahlenden Kollegen in Neumünster M. 100 aus der Lokalstafe zu überweisen. Zum Verbandsstage wurde der Antrag angenommen, den Streitfonds auszuholen zu lassen und dafür die Beiträge von M. 8 hoch auf 20 %, über M. 4 auf 80 % und über M. 5 auf 40 % festzulegen. Sodann wurde noch von einem Kollegen gerügt, daß bei den Bauarbeiten auf dem Friedrichsruher Thonwerke vielleicht die Gerüste in einem außerordentlich schlechten Zustande sich befinden hätten; erst nach erfolgter Anzeige vor der Revision durch einen Beamten der Unfallversicherung wurden dieselben

durch gute Gerüste ersetzt, so daß vorselbe bei seiner Anwesenheit nichts an dem Gerüste anzusehen fand. Diese Angelegenheit soll noch näher zur Sprache gebracht werden.

Die Bäsliste Berlin III hielt am 8. Februar im Louisenstädtischen Konzerthaus eine Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Fr. K. den Geschäftsbetrag. Er freiste in kurzen Umrissen die Lohnbewegung des vergangenen Jahres und berichtete sodann, daß die Bäsliste II eine Gesamtmitgliedszahl von 8589 aufwies. Hierauf folgte die Abrechnung vom IV. Quartal 1898, die folgendes Resultat ergab: Einnahme, inl. Bestand vom III. Quartal (M. 2032,21), M. 11 608,61, Ausgabe M. 9856,81, bleibt ein Bestand von M. 2246,80. Die Abrechnung über die Vergütungszeit weist im Einnahme, inl. Bestand vom III. Quartal (M. 6,03), M. 375,58 und in Ausgabe M. 112,40 auf. Die Jahresabrechnung ist folgende: Einnahme, inl. Bestand vom Jahre 1897 (M. 846,56), M. 25 126,11, Ausgabe M. 22 879,81. Die Jahresabrechnung von Vergütungsstands hat in Einnahme, inl. Bestand vom Jahre 1897 (M. 28,98), M. 694,03 und in Ausgabe von M. 420,90 zu verzehlen. Dem Kassier wurden M. 100 für seine Mühsale wiedergewahlt und hierauf Frei. K. abz. zum Delegaten für den Verbandsstag und Freitag und Saterstag zu Erklagmännern gewählt.

Etwas später trat der Kassier für das Jahr 1897 ein. Ein weiterer Antrag, dem Kassier für dieses Jahr vollständig zu belohnen, stand gleichfalls. Einnahme, als erster Bevollmächtigter wurde Panzer gewählt; die Wahl des ersten Kassiers wurde bestätigt.

Die Bäsliste Bremen wollte am 5. Februar eine Versammlung abhalten; leider waren nur 4 Kollegen anwesend. Sodann man diesem gegenüber, daß die Wissenskollegen in eine Lohnbewegung einzutreten wollen, dann muß man sich wirklich wundern, daß sie keine Zeit haben, sich über die gezeigten Wege zu legen zu verbessern, zu berathen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, die Kollegen auf ihre Pflicht zu erinnern.

Am 5. Februar hielt die Bäsliste Bremen ihre Mitgliederversammlung ab. Die Lohnkommission berichtete, daß auf das Schreiben vom 19. Januar an die Unternehmer keine Antwort eingegangen sei. Darauf wurde die Delegatenwahl vorgenommen, 14 Stimmen wurden für den Kollegen H. Vogel-Wilsenburg abgegeben. Vom Kollegen Semper wurde zur Sprache gebracht, daß H. Vogel sich für eine Sitzung am 29. Januar M. 2 Entschädigung für versäumte Arbeit vom Kassier habe ausschlagen lassen. Die Handlungswille H. Vogels wurde von allen Kollegen genehmigt und vom Bevollmächtigten besonders gerügt. Plötz entgegnete, er hätte M. 8 und noch mehr verdienen können, wogegen W. Rudolphs verteidigte, daß die Sonntagsschicht so viel wie möglich beschränkt werden sollte und die Angaben des Kollegen Vogel über die Arbeit an dem betreffenden Sonntag auf Unwahrheit beruhen. Nun ging W. Vogel zum nächsten Antrag über, worauf er aus der Verhandlung gewiesen wurde. Nach diesen Begründungen wurde von mehreren Kollegen der Auslöschung W. Vogels abgestimmt, hierauf wurde jedoch nach einer Erklärung W. Vogels' Abstand genommen.

Vilmsdorf, den 8. Februar, hielt die Bäsliste Geseke ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Am 2. Februarholte er die Bäsliste aus Vilmsdorf, welche eine Sitzung am 29. Februar abhielt, die Bäsliste Bremen erhielt eine Begründung für eine lebhafte Debatte entgegen, worüber sich eine Meinungslösung erzielte. Am 2. Februar wurde Entschädigung für den Bevollmächtigten H. Vogel ergraut, und vom Bevollmächtigten besonders gerügt. Plötz entgegnete, er hätte M. 8 und noch mehr verdienen können, wogegen W. Rudolphs verteidigte, daß die Sonntagsschicht so viel wie möglich beschränkt werden sollte und die Angaben des Kollegen Vogel über die Arbeit an dem betreffenden Sonntag auf Unwahrheit beruhen. Nun ging W. Vogel zum nächsten Antrag über, worauf er aus der Verhandlung gewiesen wurde. Nach diesen Begründungen wurde von mehreren Kollegen der Auslöschung W. Vogels' abgestimmt. Am ersten Kassier wurde Vilmsdorf gewählt. Hierauf wurde jedoch zu bewilligen, wurde auf Antrag W. Vogels' zum Beschluss ergraut. Weiter wurde beschlossen, 80 Exemplare der Brochüre "Das Koalitionsrecht der Arbeiter" von Max Schipper, zum Vertrieb unter hiesigen Kollegen anzuschaffen. Den Kollegen C. Wahmann wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Am 9. Februar fand in Göppenitz eine öffentliche Maurerversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, "Bauarbeiterzug", hielt Kollege Silberstorff in lbd. einen lebhaften Vortrag, welcher mit großem Interesse aufgenommen wurde. Die Abrechnung der Bäsliste Göppenitz und Umgebung erhielt eine Meinungslösung, worüber sich eine lebhafte Debatte entzündete und von den Bäslisten bestimmt. Die Stichzahl eines Delegierten zum Verbandsstage ergab für K. u. T. 26 und für T. o. 3 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde Lehmann angenommen. Bezuglich des Lohnarbeitsrates wurde beschlossen, an dem Stundenlohn von 80 % festzuhalten. Grundlage mag noch werden, daß die Unternehmer trotz zweimaligen Ertrags der Lohnkommission sich nicht genügend fühlten, mit dieser über die schwedende Differenz in Unterhandlung zu treten. Der Kollege Herrn. H. Hoffmann wurde auf ein halbes Jahr auf dem Verbande ausgeschlossen.

In der am Sonntag, den 5. Februar, stattgefundenen Mitgliederversammlung der Bäsliste Cuxhaven wurden im ersten Punkt: "Gewerkschaftliches", seitens des ersten Bevollmächtigten die Bäsliste geschritten, die Bäsliste und Umgebung erhielt eine Meinungslösung, worüber sich eine lebhafte Debatte entzündete und von den Bäslisten bestimmt. Die Stichzahl eines Delegierten zum Verbandsstage ergab für K. u. T. 26 und für T. o. 3 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde Lehmann angenommen. Bezuglich des Lohnarbeitsrates wurde beschlossen, an dem Stundenlohn von 80 % festzuhalten. Grundlage mag noch werden, daß die Unternehmer trotz zweimaligen Ertrags der Lohnkommission sich nicht genügend fühlten, mit dieser über die schwedende Differenz in Unterhandlung zu treten. Der Kollege Herrn. H. Hoffmann wurde auf ein halbes Jahr auf dem Verbande ausgeschlossen.

In der am Sonntag, den 5. Februar, stattgefundenen Mitgliederversammlung der Bäsliste Cuxhaven wurden im ersten Punkt: "Gewerkschaftliches", seitens des ersten Bevollmächtigten die Bäsliste geschritten, die Bäsliste und Umgebung erhielt eine Meinungslösung, worüber sich eine lebhafte Debatte entzündete und von den Bäslisten bestimmt. Die Stichzahl eines Delegierten zum Verbandsstage ergab für K. u. T. 26 und für T. o. 3 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde Lehmann angenommen. Bezuglich des Lohnarbeitsrates wurde beschlossen, an dem Stundenlohn von 80 % festzuhalten. Grundlage mag noch werden, daß die Unternehmer trotz zweimaligen Ertrags der Lohnkommission sich nicht genügend fühlten, mit dieser über die schwedende Differenz in Unterhandlung zu treten. Der Kollege Herrn. H. Hoffmann wurde auf ein halbes Jahr auf dem Verbande ausgeschlossen.

In der am Sonntag, den 5. Februar, stattgefundenen Mitgliederversammlung der Bäsliste Cuxhaven wurden im ersten Punkt: "Gewerkschaftliches", seitens des ersten Bevollmächtigten die Bäsliste geschritten, die Bäsliste und Umgebung erhielt eine Meinungslösung, worüber sich eine lebhafte Debatte entzündete und von den Bäslisten bestimmt. Die Stichzahl eines Delegierten zum Verbandsstage ergab für K. u. T. 26 und für T. o. 3 Stimmen; eine Stimme war ungültig. Als Delegierter zur Konferenz in Berlin wurde Lehmann angenommen. Bezuglich des Lohnarbeitsrates wurde beschlossen, an dem Stundenlohn von 80 % festzuhalten. Grundlage mag noch werden, daß die Unternehmer trotz zweimaligen Ertrags der Lohnkommission sich nicht genügend fühlten, mit dieser über die schwedende Differenz in Unterhandlung zu treten. Der Kollege Herrn. H. Hoffmann wurde auf ein halbes Jahr auf dem Verbande ausgeschlossen.

* In diesem Zusammenhang sei auch auf die scharfe Sprache aufmerksam gemacht, welche die Führer verschiedener Gewerkschaften, die mit dem Großfachstrahl nichts zu thun haben, seit längerer Zeit schon in ihren Organen gegen diejenigen Arbeitern führen, denen die berichtigte soziale Gewerkschaft und höhere Löhne bloß eine gute Gelegenheit sind, sich systematischem Blaumachen zu ergeben. Die Vorfürster der Kesselfrärmde, der Großfachstrahl, der Formier- und Eisenzieher ziehen in ihren Büchern in den verschiedenen Ausgaben gegen diese Unregelmäßigkeiten zur Felde und ebenso das Organ des großen Maschinenbauvereins. Der Vorsitz der Kesselfrärmde hat versucht, daß so lange noch in irgend einer Werksliste Balancen sind, keine Arbeitslohnunterstellung mehr ausgezahlt werden darf. Das Blaumachen ist älter als die modernen Gewerkschaftsbewegungen und entspricht keineswegs ihren Tendenzen.

in der Fremdenstube ausgehängt wird, worauf die Preisermäßigung für unsere organisierten Kollegen angegeben ist. Dann wurde auf Antrag mehrerer Mitglieder dem ersten Bevollmächtigten, sowie dem ersten Käffner je 15 für ihre Tätigkeiten im vergangenen Jahre aus der Rosafarbe bemitleid; ebenfalls wurde denselben Kollegen, die durch das rigorose Verhalten des Kollegen J. Schmäke zwei Stunden Arbeitslohn einzahlen mußten, jedem 90 Pf. zugesetzt. Der von E. Vogel gestellte Antrag, bei unentzündlichem Wegebleiben von der Versammlung 10 Pf. Strafe zu zahlen, wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Es wurde noch beschlossen, jede Woche den „Grundstein“ regelmäßig in der Fremdenstube, und wenn noch ein Exemplar vorhanden, auch in der Gutsstube der Herberge niederzulegen. Nachdem sich noch ein Kollege als Mitglied hatte aufzufinden lassen, und der Käffner die Entschädigungen ausgeschallt hatte, erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

In der Mitgliederversammlung der Bahnhofsteile Darmstadt, am 24. Januar, erhielt die Lohnkommission Bericht über den von ihr ausgearbeiteten Lohntarif; derselbe stand einstimmige Annahme. Sodann wurde beschlossen, vom 1. März ab bis zum Verbundstage die Beiträge in der bisherigen Höhe, 20 Pf. Wochenbeitrag und 30 Pf. wöchentlicher Beitrag zum Streitfonds, weiter zu zahlen. Ein Antrag, der die beiden Versammlung eine Entschädigung für ihre Mülleraufwaltung zugesetzt, wurde vorläufig abgelehnt. Dann trat Schluß der Versammlung ein.

Am 6. Februar hielt die Bahnhofsteile Dreieichenhain eine Mitgliederversammlung ab. Man wählte als Bevollmächtigte Kollegen Groß, als Käffner Kollegen Müller. In der Versammlung am 24. Januar wurde beschlossen, das Streitfondsmarkenblatt für 1899 so anzunehmen, wie es 1898 war. Kollege Herborn-Frankfurt bewarb sich, daß von den Bahnhofstellen des Agitationssbezirks Frankfurt die Agitationsskommission so viel wie möglich unterstützen werden müsse. Von der Bahnhofsteile Frankfurt sei das Geld für die Agitation im ganzen Bezirk nicht allein auszubringen. Wenn z. B. im „Grundstein“ steht: Von dem Agitationssbezirk Frankfurt a. M. durch Herborn so und so viel eingesandt, so sind damit sämtliche Bahnhofstellen mit einbezogen, welche zu dem genannten Bezirk gehören. Die hiesige Bahnhofsteile erklärt sich bereit, die Agitationsskommission so viel wie möglich zu unterstützen. Nachdem noch Kollege Herborn beantragt worden, für jedes hiesige Mitglied eine Broschüre von der Landeskongresskonferenz in Darmstadt einzuhändigen, schloß der Bevollmächtigte die gut besuchte Versammlung.

Am Sonntag, den 6. Februar, fand in Eichelsbach eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, zwecks Eröffnung des Kongresses in Berlin. Der Referent, Genosse Staudt, führte umgedreht folgendes aus: Es sei ein Zeichen der Zeit, daß die Arbeiter am Ende des neunzehnten Jahrhunderts noch selbst die Hand anlegen müßten, um nur den primitivsten Schritt ihres Lebens den Unternehmern und der Gesetzgebung abzuringen. Die Arbeit, deren Zweck die Schulbildung aller Gesellschaftsmitschieder sei, habe in der heutigen kapitalistischen Zeit nur den Zweck, ungeheure Reichtümer anzuhäufen, in Gestalt von Profit und Dividenden, während auf der anderen Seite die große Masse des schaffenden Volkes, der doch eigentlich das Resultat der Arbeit gehörte, in unmenschlichen Verbärfnissen dahin vegetierte. Es sei deshalb leicht erklärlbar, daß überall der Kampf tödliche zwischen den beiden feindlichen Herren, den Arbeitern als Besitzer der Arbeitsskraft einerseits, und den Unternehmern als den Besitzern des Kapitals und der Produktionsmittel andererseits. In diesem Kampf sei der Einzelne machtlos, nur der Zusammensetzung der Massen, die Organisation, vermöge ihrer beständigen Einzugreitung. Ein mehrere drägtliche Krieger legte der Vortragende klar, daß die heutige Rechtsprechung den Arbeitern, dem soviel sie schon schwärzliche Theile im Kämpfekampfe dienen kann, noch ungemein erschwert; und daß die bevorstehende Buchstabenlage noch schwächer als bisher in's Leben der Arbeiter eingesenkt werde. Es sei deshalb nötig, so lange noch etwas Freiheit einzuräumen, den leichten Mann zur Organisation heran zu ziehen, und wo die Organisation nicht auslange, durch öffentlichen Protest, die Spießbürgert, sowie die Regierung auf die Lage des Arbeiters aufmerksam zu machen, freigut auf die Stets und ständig drohende Lebensgefahr in den einzelnen Betrieben. Zu diesem Zwecke sei der Kongress einberufen. Mit allen zulässigen Mitteln müsse der Regierung klargestellt werden, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, länger ihre kleinen Annothen zur Vermeidung des Kapitals zu drücken, daß sie nicht gewillt sind, sich noch länger, bald auf die Reichsregierung, bald auf die Einzelstaatsregierungen, verstreuen zu lassen. Der Kongress müsse eine reichsweitige Bauarbeiterkontrolle fordern; er müsse eine gesetzliche Festlegung des Arbeitszeit, sowie Abschaffung aller sonstigen Missstände fordern; und das umso mehr, da die Unternehmer beantragen, daß ihre Faktoriatstelle nicht mehr durch Gefängnis, sondern durch Geldstrafe geahndet werden soll. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen einverstanden und wählte den Kollegen Staudt zum Delegierten zum Kongress. Mit einem Hoch auf das Gedächtnis des Kongresses, sowie auf die sermene Ausbreitung der Organisation schloß die Versammlung.

In der am Dienstag, den 14. Februar, stattgehabten Mitgliederversammlung der Bahnhofsteile Eisen (Ruhr) wurde zur Neuwahl eines ersten Bevollmächtigten geschritten werden, da der bisherige Familienbevollmächtigte halber bei breiten müssen. Es wurde gewählt der zweite Bevollmächtigte, Kollege J. Müller. Da sich infolgedessen auch die Neuwahl eines zweiten Bevollmächtigten notwendig machte, so wurde der Kollege Claus Müller hierzu gewählt. Die nächste Versammlung findet statt am Dienstag, den 28. Februar, Abends 8 Uhr, beim Wirth Dahl, und dann alle vierzehn Tage Dienstags.

Am Sonntag, den 18. Februar, tagte in Höhler's Restaurant eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder von Freiberg und Umgegend. Zum ersten Punkt Abstimmungssitzung für das Jahr 1899, wurde dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. Zum zweiten Punkt, Wahl des Vertrauensmannes und der Bevollmächtigten, wurden als ersterer Kollege Ulrich, als Bevollmächtigte die Kollegen Höder, Neubauer und Hünger in Vorstellung gebracht. Nachdem man noch über die für dieses Jahr einzuschlagende Tatsit in der Agitation beraten hatte, gab es ganz von selbst, daß sämtliche Kollegen ihr Scheitzen zusammenlegten für die Angehörigen unserer verarbeiteten Arbeitgeber in Dresden.

Aus Freiberg wird mir geschrieben: Im Herbst des vorigen Jahres stellten die Maurer und Zimmerer von Großschön und Umgegend folgende Forderungen an die Unternehmer: Erhöhung des Stundenlohnes von 25 auf 28 Pf. Abschaffung

der Kündigungsfrist und Erneuerung der sonstigen 1897 getroffenen Vereinbarungen. Darauf erhielt die Lohnkommission folgendes Schreiben:

Auf den Antrag der Gesellenvertretung vom November benachrichtigen wir Sie, daß sich die hiesigen Innungsmeister für eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 28 Pf. für dies Jahr wegen mangelnder Arbeitsauslastung nicht entschlossen haben. E. Opppel, Wetz.

Mit diesem Schreiben werden die Gelehrten nun keineswegs einverstanden sein, und die Herren Meister werden sich auch nicht ganz abschließen, verhalten können. 1897 nahmen die Unternehmer den Mund noch ganz anders voll, und sie müssten doch bewilligt. Damals hielt es in einem Schreiben an die Gelehrten: Anstatt, dem Lohn zu erhöhen, werden wir abziehen. Alle Maurer und Zimmerer von Großschön und Umgegend, und besonders die Hamburger Eltern* wollten die Innungsmeister verlassen wegen Erpressung. Die Maurer und Zimmerer hatten nämlich die Freiheit, die ungerechte Forderung auf Lohnabschöpfung, und gar von 28 auf 25 Pf. zu stellen. Diese Forderung war in den Augen der Herren Meister geradezu gaupe gebracht. In dieser Tonart sagten die Herren Daniels: heute ist, wie wir sehen, ihr Antwortschreiben schon bedeutend höflicher ausgesprochen.

Überhaupt ist hier alles daran, die Maurer und Zimmererorganisation auszurotten. Die Saalabteilerei ist im besten Schwung. Auch am Dienstag sollen die Maurer und Zimmerer nicht mehr miteinander treten. Wenn mal 10 oder 12 Kollegen zusammenkommen und sprechen über ihre gewördlichen Angelegenheiten, so wird schon dem Wirth mit Entzämmung der Konversation gebracht. Gleichfalls eine dritte „Maze“ vom Amtsvorsteher will der Wirth erhalten, bei dem unter leiser Vergnügung stattfindet. Hat ein Wirth Gelb von einem Grafen oder sonst einer „hochstehenden“ Person geborgt, so wird ihm dies sofort gefährdet, wenn er uns sein Lofal zu einer Versammlung überläßt. Außer all diesen Placerien haben wir auch noch zweiter Vergnügungs„Maze“. Wir dürfen den Sonntags nur von 11—12 oder von 2—4 Uhr an tagen; bürgerliche Versetze dagegen dürfen auch von 2—4 Uhr ihre Verammlungen abhalten, obwohl während dieser Stunden hier sonst ortübliche Arbeit ist. Trotz alledem werden die Maurer und Zimmerer von Großschön und Umgegend auf der Macht sein. Wir marschieren, wenn unter Paradesymbol auch etwas frumm ausfällt.

Am 5. Februar hielt die Bahnhofsteile Dreieichenhain eine Mitgliederversammlung ab. Man wählte als Bevollmächtigte Kollegen Groß, als Käffner Müller. In der Versammlung am 24. Januar wurde beschlossen, das Streitfondsmarkenblatt für 1899 so anzunehmen, wie es 1898 war. Kollege Herborn-Frankfurt bewarb sich, daß von den Bahnhofstellen des Agitationssbezirks Frankfurt die Agitationsskommission so viel wie möglich unterstützen werden müsse. Von der Bahnhofsteile Frankfurt sei das Geld für die Agitation im ganzen Bezirk nicht allein auszubringen. Wenn z. B. im „Grundstein“ steht: Von dem Agitationssbezirk Frankfurt a. M. durch Herborn so und so viel eingesandt, so sind damit sämtliche Bahnhofstellen mit einbezogen, welche zu dem genannten Bezirk gehören. Die hiesige Bahnhofsteile erklärt sich bereit, die Agitationsskommission so viel wie möglich zu unterstützen. Nachdem noch Kollege Herborn beantragt worden, für jedes hiesige Mitglied eine Broschüre von der Landeskongresskonferenz in Darmstadt einzuhändigen, schloß der Bevollmächtigte die gut besuchte Versammlung.

Am Sonntag, den 6. Februar, fand in Eichelsbach eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Schünker aus Pommendorf einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt über „Die Lohnrämpfe im Baugewerbe“. Sodann kam das Antwortschreiben der Meister auf die eingereichte Lohnforderung zur Verlehung. Die Meister waren in dem Schreiben der Gelehrten erfaßt worden, zunächst bis am Dreieinzigsten Gelehrten in Arbeit zu stellen. Die Meister lehnten jedoch diese Forderung ab und die Versammlung beschloß, nachdem Kollege Schünker auf die Unbedürftigkeit der Forderung hin gewiesen hatte, den betreffenden Paragraphen im Lohntarife zu streichen. Den Verurtheilten in Dresden wurden aus der Volksliste 20 bewilligt, der abgebrannte Kollege in Sammendorf bei Wiesbaden erhielt 5, und für Delegation zur Konferenz in Steinbach wurden 8 ausgeschafft. Nach einem Schlusshand des Kollegen Schünker wurde die Versammlung mit einem Huch auf die Arbeitsermächtigung geschlossen. — In der Mitgliederversammlung am 24. Januar war beschlossen worden, in Jülich eine Versammlung einzuberufen, um eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Die Versammlung hat auch statutgebunden, es ist aber keine Zahlstelle zu Stande gekommen, die Kollege Höhner-Steinbach einen glänzenden Vortrag hielt. Die Gelehrten erklärten rundweg, sie würden dem Verbande nicht beitreten. jedenfalls haben sie sich durch ihren Bürgermeister, der in der Versammlung einige Worte sprach, dem dort das Wort entzogen wurde, angst einigen lassen.

Am 5. Februar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Bahnhofsteile Genthin statt, die leider sehr schlecht war. Kollege Mettig referierte über die „Bedeutung unserer Organisation“. Redner führte aus, wie notwendig es sei, in den Kampf mit dem Unternehmertum der Organisation treu und kräftig zur Seite zu stehen, um das Ziel, das wir verfolgen, auch zu erreichen. Sodann wurde beschlossen, daß die Meister auf unsere Lohnforderung noch keine Antwort ertheilen haben, sie noch einmal daran zu erinnern. Hierauf verlas Käffner Mettig die Abrechnung vom letzten Quartal, und dann die Einnahme und Ausgabe vom ganzen Jahre. Dem Käffner wurde Decharge ertheilt. Zum ersten Bevollmächtigten wurde Kollege Oehlisch, zum ersten Käffner Kollege Mettig wieder gewählt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Huch auf die Organisation, in welches alle Kollegen begeistert einstimmten, geschlossen.

Namenkundung des Schriftführers. Ich möchte doch die Kollegen auf diesem Wege erfreuen, die Versammlungen besser zu besuchen, denn ein Blick in die Versammlungen, und man kann die Laufzeit und Drägtigkeit der Mitglieder erkennen. Jedermann sieht man die selben Gesichter. Kollegen, man mag nicht nur materiell etwas leisten, sondern man muß auch beschäftigt sein, daß Aufführung geliefert wird, und das kann nur in Versammlungen geschehen. Nur dann, wenn sich alle Kollegen dieses zur Notis dienen lassen, können wir etwas erreichen.

Die Bahnhofsteile Görlitz hielt am 8. Februar in „Stadt Hamburg“ eine Mitgliederversammlung ab, welche sich mit dem Unternehmen der Unternehmer beschäftigte. Denebach waren die Unternehmer schon vorher, ehe die Lohnkommission durch ihre schriftliche Forderung vorstellig wurde, sich schlüssig geworden. Sie wählten vom 1. April 1899 ab 28 Pf. Magazinlohn pro Stunde zahlen. Die Arbeitszeit soll um eine halbe Stunde gekürzt werden, und zwar soll die Mittagspause statt wie früher eine Stunde jetzt 1½ Stunden betragen. Die übrigen Punkte, wie Überhundertarbeit, Schutzbefreiungen auf Bauten, Baubüro u. a. werden als erledigt betrachtet. Der Forderung nach Anhebung von Verbandsbeiträgen bei etwaiger Unglücksfälle auf Bauten soll stattgegeben werden. Das Schreiben der Unternehmer erfuhr in der Diskussion eine scharfe Kritik. Die Versammlung erklärte, auf die 1½ stündige

Mittagspause zu verzichten und in Abetracht der in vielen Orten in Aussicht stehenden Lohnkämpfe für dieses Jahr von einer Durchführung unserer gestellten Forderungen Abstand zu nehmen. Auf Weiteren befiehlt die Versammlung, die Mitgliederbeiträge durch die „Grundstein“-Auskräger einzufallen zu lassen. Zu der am 5. März hier stattfindenden Konferenz wird Schobell als Delegierter gewählt. Zum Schluss fordert Käffner die Mitglieder auf, in ihrem eigenen, sowie der gesamten Arbeiterschaft Interesse für die nun hier erscheinende „Görlitzer Volkszeitung“ trätig einzutreten. In seiner Arbeitsermächtigung darf das Blatt stehen. Gelegentlich des in den letzten Tagen verhandelten ungewöhnlichen Dresdener Buchhausprozesses habe man wieder das Verhalten der bürgerlichen Blätter gesehen. Jeder Arbeiter müsse die Presse unterstützen, die sich die Vertreibung der Arbeit als vortheilhaft gesezt hat.

Am Sonntag, 5. Februar, fand in Strumpf's Total die regelmäßige Mitgliederversammlung der Bahnhofsteile Gr. Ottendorf statt. Die Kollegen, welche noch nicht den Ordnungsstempel in ihrem Buche erhalten haben, wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sie, um diesen zu erhalten, die schuldbaren Beitragsnachzahlungen müßten. Beigleich der Beitragszahlung wurde beschlossen, am 5. März mit der Beitragszahlung zu beginnen und vorläufig, bis der Verbandsitag endgültig die Beitrags Höhe festgestellt hat, 20 Pf. Wochenbeitrag und 20 Pf. zum Streitfonds zu zahlen. Eine rege Debatte entstellt sich über die von den Westen in Aussicht genommene Gründung von Betriebskantonsen. Um diese Absicht zu bereiteln, wurde den Kollegen anempfohlen, ihre Unterschrift zu verweigern. Hierauf kam die Strafseite des Kollegen Beige zur Sprache. Dieser Kollege ist zu drei Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er auf das Grab des Kollegen Sandering einen Kratz mit roher Schleife niedergelegt, worüber die Ehefrau des Verstorbenen sich bestreitig fühlte, daß sie Strafantrag stelle. Um ähnlichen Vorwürfen für die Zukunft vorzubeugen, wurde beschlossen, fünfzig von einer Gruppe abzugehen und den Verstorbenen nur einen Nachruf im „Grundstein“ zu widmen, außerdem aber bei der Beerdigung ein Gefolge von fünf Mann zu stellen, die unmisslich dazu bestimmt werden. Der Kollege Heinrich Solz aus Klein-Ottendorf wurde wegen seines unmoralischen Verhaltens aus dem Verbande ausgeschlossen. In der Sache Geyer bed contra Pax ist wurde eine Kommission gewählt, die in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten hat.

Am 5. Februar hielt die Bahnhofsteile Garz a. Alten ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung war nur mäßig besucht. In die drällige Verwaltung wurden gewählt als erster Bevollmächtigter Kollege G. Günther und als zweiter Käffner Kollege A. Günther. Beigleich der Streitfondsbeteiligung wurde beschlossen, es für dieses Jahr ebenso zu halten wie im vorjährigen Jahre. Der Verteilung der Marken wurde dem Kolporteur übertragen. Zur Haushaltssitzung erboten sich zwei Kollegen freiwillig. Der Bevollmächtigte erfuhr die Kollegen, stellte für guten Versammlungsbefrei zu sorgen und schloß die Versammlung.

Die Maurer von Großwig und Umgegend hielten am 9. Februar ihre erste Mitgliederversammlung ab. Das Ergebnis war die Gründung einer Zahlstelle des Maurerverbandes unter dem Namen Großwig. Als Bevollmächtigter wurde gewählt: Gottlieb Seeger, als Käffner Karl Böhme und als Schriftführer Emil Möller. Nachdem wurden 17 neue Mitglieder aufgenommen, sowie 7 Mitglieder, welche dem Verbande schon angehören.

Am 4. Februar fand in Grünberg eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Silber imbi aus Berlin erschienen. Die Tagessordnung lautete: „Organisation der Bauarbeiter, Bedeutung und Bewegung der Gewerbe“. Neben dieser erörtert wurde, wurde eine Lohnforderung zur Verlehung. Die Meister waren in dem Schreiben der Gelehrten erfaßt worden, zunächst bis zur Zeitzeit und befragt eingehend, unter welchen Einflüssen von Seiten der Regierung die Organisation der Bauarbeiter zu kämpfen hatte. Nachdem durch die Arbeitsermächtigung geschlossen. — In der Mitgliederversammlung am 24. Januar war beschlossen worden, in Jülich eine Versammlung einzuberufen, um eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Die Versammlung hat auch statutgebunden, es ist aber keine Zahlstelle zu Stande gekommen, die Kollege Höhner-Steinbach einen glänzenden Vortrag hielt. Die Gelehrten erklärten rundweg, sie würden dem Verbande nicht beitreten. jedenfalls haben sie sich durch ihren Bürgermeister, der in der Versammlung einige Worte sprach, dem dort das Wort entzogen wurde, angst einigen lassen.

In Guben fand am 12. Februar eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, die sich hauptsächlich mit den auf Bauten herabgefallen Missständen beschäftigte. Es wurde konstatiert, daß die Worte auf den Bauplänen sehr Beschreibungswert, eine Änderung zum Besser zu dringen erwünscht. Dringend nötig sei auch eine befähige Abdichtung der Balkenlöcher hin und führt an, unter welchen leichtestigen Bedingungen das Leben von 31 000 Bauarbeitern im vorjährigen Jahre gefährdet wurde. Er fordert ganz energisch die Einschaltung von Baukontrolleuren aus praktischen Männer. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, das Gehörte zu beherzigen, besonders in den Wahlangelegenheiten, wurde um 11 Uhr die unpostane Versammlung geschlossen.

In Guben fand am 12. Februar eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, die sich hauptsächlich mit den auf Bauten herabgefallen Missständen beschäftigte. Es wurde konstatiert, daß die Worte auf den Bauplänen sehr Beschreibungswert, eine Änderung zum Besser zu dringen erwünscht. Dringend nötig sei auch eine befähige Abdichtung der Balkenlöcher hin und führt an, unter welchen leichtestigen Bedingungen das Leben von 31 000 Bauarbeitern im vorjährigen Jahre gefährdet wurde. Er fordert ganz energisch die Einschaltung von Baukontrolleuren aus praktischen Männer. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, das Gehörte zu beherzigen, besonders in den Wahlangelegenheiten, wurde um 11 Uhr die unpostane Versammlung geschlossen.

Die Bahnhofsteile Hamburg befürchtete sich in ihrer Versammlung am 16. Februar im Punkte „Lohnarbeits und die Arbeit“ mit folgenden Angesetzten. In Stettin, wo bekanntlich die Unternehmer den Stundenlohn wieder auf 50 Pf. reduzierten, arbeiteten drei Hamburger Kollegen an einem Bau im Altkord. Als die Stettiner Kollegen zum zweiten Male die Arbeit niederlegten, blieben die Hamburger bei der Arbeit, weil sie angeblich nur noch vier Tage bis zur Fertigstellung ihres Altkordes zu thun hätten und in anderer Halle ungefähr 4500 Arbeitskräfte eingesetzt. Die Stettiner Kollegen besloß aber, in öffentlicher Versammlung, daß die Hamburger die gebrauchte leistungsfähige Art des Geschäftshauses empfund. Die Versammlung erachtete es als notwendig, daß eine Kommission von Fachleuten eingeführt wird, deren Aufgabe es ist, den Geschäftshaus zu überwachen. Um möglichst Unglücksfälle zu verhindern, sei es notwendig, daß unter jedem Arbeitsgerüst, welches sich über Erdgeschoss Höhe befindet, ein Ganggerät angebracht werde, um zu verhindern, daß bei einem etwaigen Bruch des ersten Stockes in die Tiefe erfolge. Nachdem noch mehrere Kollegen ihre Erfahrungen in Bezug auf schlechten Gerüsten geschüttet hatten, trat Schluß der Versammlung ein.

burgher Kollegen die Genehmigung zur Weiterarbeit, immer aber in der Voraussetzung, daß die Arbeit in vier, höchstens fünf Tagen fertig würde. Von Bevollmächtigten der Hamburger Zahnstelle wurde die Lohnkommission in Stellingen von dem Beschluß benachrichtigt und gebeten, möglichst schnell eine gemeinschaftliche Sitzung anzuberufen, um die Angelegenheit eventuell anders zu regeln. Die Lohnkommission war jedoch nicht derselben, sondern berief sich auf den Beschluß der öffentlichen Versammlung. In der heutigen Versammlung waren nun zwei Mitglieder von Stellingen anwesend, um Beschwerde gegen den Bevollmächtigten und gegen den Vorstand zu führen. Die Stellinger führt außer Vorstehendem noch in's Feld, daß die Hamburger noch sehr an dem Bau arbeiteten, also nicht vier bis fünf Tage, sondern über 14 Tage hätten sie schon seit dem Vorleschen der Sperrre gearbeitet, und noch immer sei der Auftrag nicht vollendet. Dem Vorstand wurde vorgetragen, daß für ihn der Stellinger Streik nicht erträglich, und daß Solmsburg einem Lohnkommissionssmitglied gegenüber erklärt habe, der Stellinger Ministerstreik sei ein Generalstreik. Solmsburg stellt die Ausführungen der Stellinger Kollegen in das richtige Licht und weist nach, daß die Stellinger nicht nur gegen das Statut verstoßen, sondern auch ganz und gar ungültig gehandelt haben. Das Verhalten der drei Hamburger Kollegen wurde, da sie den Vorstand und Bevollmächtigten belogen haben, allgemein verurteilt. Der Bevollmächtigte wurde beauftragt, sofort anderen Tages den Verlust zur friedlichen Lösung des Konflikts zu machen. Von den Hamburger Bauten berichtet der Bevollmächtigte dann noch über verschiedene Missstände. In der Breitenholterstraße, Unternehmer Franz Kellner, kam es zur Arbeitseinstellung, weil trog wiederholter Vorstellung der Kollegen kein Osen in die Baubüche gelegt wurde. Der Osen kam dann am selben Tage; die Arbeit konnte aber nicht wieder aufgenommen werden, da der Unternehmer erklärte, er könne nicht für den Wochenlohn garantieren. Bauherr oder Generalübernehmer schien kein Geld mehr hergeben zu wollen oder auch nichts zu haben. Vorstehend ist also am Platze. Am neuen Wierdermarkt wird ein Bau des Innungsmeisters Wohin in Altona hochgezerrt. Da aber laut Innungsbeschluß kein Innungsmeister den Gesellen die Arbeit in Altona geben darf, hat Wohin die Arbeit an seinen Partier Hettgerke (auch ein ehemaliger Meister) für A. 18 pro Tag auf Tausend Steine vergeben. 10 Pf. des Gesamtlohnens werden einbehalten, bis zur Fertigstellung aller Arbeiten. Auf diesem Altonabau soll nun schadlos gehandelt und auch geplaudert werden. S. B. sollen bis jetzt 528 000 Steine vermauert worden sein, wozu 400 S. a. d. Betont gebraucht wurden, mithin für 1000 Steine 1% S. d. Betont. Den Betont-Mittel können man, nachdem er schon drei Wochen abgebunden habe, noch mit den Fingeren aus die Fugen kriegen. Wer Platten bauen gefällt und bildet gleichzeitig den "Aussichtszaal" zur Leistungsfähigkeit des einzelnen Kollegen. Ein rästiger arbeitsstürmer Kollege hat dem Bevollmächtigten erzählt, daß er jeden Abend von Schweid vollständig durchzässt, doch habe er den Partier und auch den Kollegen noch nicht genug gehabt. Bei der Frankfurter Dampfegelstadt ist den ganzen Winter der önenen Fenster gearbeitet worden, was gegen das Hamburger Baupolizeigesetz verstößt. Bei Staatsbauten scheint das Gesetz jedoch noch weniger zu bestehen, als für Privatbauten. Bei dem Unternehmer Bonn ist eine Patente-Konkurrenz heruntergefallen, nachdem sie bereits drei Wochen fertiggestellt war. Der Konsulat wolle sie fünf Minuten vor Weihnachten in dem Blümchen das als Rude bewußt wurde. Die Paten beschäftigten Kollegen hätten es jedoch nicht für nötig gehalten, irgend welche Mitteilung zu machen. Bei den Unternehmern Amling & Jenkel, am Lehmann, wird das Tausend-Sieche-Hundert. Verlegung des Eisenzeuges und der Treppenfüllen für A. 6,85 vermauert. Ein Kollege, der etwas das Wort führte, soll zu einem anderen, dem die Geschichte etwas gar zu spanisch vorkam, gesagt haben: "Wer bei A. 6 pro Tausend nicht so arbeiten kann, daß er 25-30 % die Stunde über hat, der ist nicht wert, daß er in Hamburg arbeitet!" Diese Altonabauer arbeiten auch oft zehn Minuten nach der eingestellten Frühstücks- und Mittagspause, und sehr oft muß ihnen von den Kollegen eines nahegelegenen Baues zugesehen werden: Mäßig überall! Eine Zahnstelle des Maurerverbandes wurde am 11. Februar in Schulte I. Anh. gegründet. Kollege John-Wagdeburg hatte das einleitende Referat übernommen und wußte den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation recht klar vor Augen zu führen. Von 43 am Orte befindlichen Maurern traten sofort 40 dem Verband bei. Mögen die Kollegen festhalten an der Organisation und treue Kämpfer werden im Freiheitskampf des Proletariats.

Die Zahnstelle Altona hielt am Mittwoch, den 15. Februar, ihre Mitgliederversammlung ab. Der Vorsteher vom Gesellen-aufschluß erstattete Bericht über die letzte Ausschüttung. Darnach wurde mit den Meistern vereinbart, den Lohntarif für 1899 bis 1900 wieder so abzustimmen wie im vergangenen Jahre, eventuell mit einer Veränderung im Winter. Über das Einstimmen der Beiträge wurde beschlossen, zwei Roten zu wählen, die die Beiträge aus den Wohnungen der Mitglieder abholen. Wegen Altonabau wurde 1 Kollege ausgeschlossen. Es wurden ferner A. 10 für die Verurtheilten in Dresden bewilligt.

In der Zahnstelle Malchow hielt am 4. Februar eine Mitgliederversammlung statt, welche trotz der wichtigen Tageordnung nur schwach besucht war. Die Kollegen identifizierten ihren Minister nicht mehr benötigt zu haben. Hier schied offenbar das Sprichwort zur Geltung zu können: "Gelehrte wollen, alle, aber nichts dazu thun". Im ersten Punkt der Tagesordnung berief der Kassier die Abrechnung vom vierten Quartal, welches den Arbeitslohn für richtig befunden wurde. Im zweiten Punkt kam die Abrechnung von der Schlüsselfeier zur Sprache, welche wegen zu lauer Belebung seitens der Kollegen mit einem Defizit von A. 5 abgeschlossen wurde. Der vierte Abrechnung zwischen den Kollegen Beyerlein (Wismar) und Hermann (Neu-Warden) wurde Kollege H. Schumann gewählt. Hierzu wurde von der Versammlung gegen zwei Stimmen beschlossen, eine Lohnforderung von 85 Pf. zu stellen. Eine Lohnkommission wurde gewählt, welche mit den Unternehmern in dieser Angelegenheit verhandeln soll. Mit der örtlichen Verwaltung wurden gewählt: Johanna Gläser als Bevollmächtigte und Auguste Mädige als Kassierin. In "Vorbericht" wurde dem Mitgliedertarif zur Pflicht gemacht, alle Kollegen an ihre Verbindlichkeit zu erinnern. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Am 9. Februar fand im Lokale des Herrn J. Preuß in Wittenbork eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt.

hatt, in welcher die Gründung einer Zahnstelle beschlossen wurde. In die örtliche Verwaltung wurde Kollege Rudolph als erster Bevollmächtigter und als Kassier der Kollege A. Leibman gewählt. Ein Antrag des Kollegen Schneider, die vorhandenen Wehrzeuge zum Streitkunde auf 20 % heraufzusetzen, wurde einstimmig angenommen. Sodann wurde beschlossen, daß die regelmäßigen Mitgliederversammlungen jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats stattfinden, der Kassier hat jeden Sonnabend von 8-10 Uhr Abends im Lokale des Herrn J. Preuß zu kommen. Zum Schluß wurden die Kollegen ermahnt, recht fleißig die Mitgliederversammlungen zu besuchen.

Der Vertrauensmann in Wittnau steht an der dortigen Kollegen folgende Mahnung: Werthe Kollegen! Der Winter mit seinen Schneefällen und Nebeln führt uns geist zur Neige, und die Natur zeigt uns hier und da, daß wir uns bald wieder mit Frühlingsgedanken beschäftigen können. Darum, Kollegen, mög es uns unerträglich sein, daß wir im kommenden Frühling wieder auf dem Posten sein müssen, um das schon Erkläre zu schützen und, wenn möglich, zu verbessern. Darum macht jeden Mitgliedern, welcher dem Verband noch nicht angehört, mit unserem Dozenten vertraut, damit die uns fernliegenden den Wahlpraktikus "Einsicht macht stark" auch begegnen lernen. Kollegen, Eure Aufmerksamkeit soll aber jetzt auf die bevorstehenden Gewerbeprüfungswahlen gelenkt werden, welche den 18. März dieses Jahres in Restaurant Marburg, stattfinden. Kollegen, wir wissen, was das Gewerbeprüfungskomitee gescheitert hat, und welche Vortheile es besitzt, darum es sich jeder Kollege zur Pflicht machen, sein Wahlrecht auszuüben und jeden Freund und Kollegen dazu anhalten, daß er das Gleiche tut. Diese Kollegen wissen nun nicht, daß es auch wahlberechtigt sind und folglich bei früheren Wahlen ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Dieses Unrecht muß vermieden werden. Ihr müßt von Euren Rechten den ausgiebigen Gebrauch machen. Jeder ist wohlberichtigt, der das 25. Lebensjahr bis zum Tage der Wahl zurückgelegt hat, und im Reste der bürgerlichen Ehrenrechte ist, und ein Jahr in Wittnau ununterbrochen in Arbeit gestanden hat. (Die Kollegen vom Lande mögen besonders darauf hingewiesen sein.) Auch wenn die Delegierten welche auswärtigen Arbeiten weisentlich nachweisen, daß sie die letzten zwei Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz in Wittnau hatten. Als Legitimation dient ein Bouguis vom Unternehmer. Bei jugendlichem Aussehen, so daß man über das Alter im Guttheim sein kann, steht man zur Vorsicht den Militärpah oder Gedächtnissachen zu, die auswärtige Arbeitsleute mögen Steuerzettel, Wohnungsschein, oder, noch besser, eine Bescheinigung vom Meldeamt haben. Also Kollegen, untere Parole soll sein: "Ehrlich, nie erlahmende Aktionität ist unser Verband und Aktionärs zur Gewerbeprüfungswahl bis zur Beendigung des Wahlaktes. Wenn jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, wird unsere Masse von Erfolg gekrönt sein."

NB. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß ein Auskunftsbüro über gewerbliche Streitigkeiten errichtet worden ist. Neben von Euch wird unentgeltliche Auskunft ertheilt. Wendet Euch darum bei eisigen Vorlieben an Venossen Kaufmann William v. Helm an, Freibergerstraße.

Im Geschäftshaus "Zur Krone" zu Würselsdorf fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Bei der Sitzwahl erhielt Kollege G. v. B. 48 Stimmen, Schulz der V. 31 Stimmen. Als Kassier wurde Kollege J. Glöckel II. gewählt. Ferner wurden von den Kollegen A. 7,43 freiwillig gesammelt für die Familien der vom Dresdener Schwurgericht zu Gutsdorf verurteilten. Ueber die bislangen Kollegen, die in Homburg u. d. S. auf dem Neubau von Lang & Wertheim während der Sperrre arbeiteten, entwarf ein Mann eine lebhafte Debatte, denn es war auch ein Dörlitzer Kollege hier anwesend. Die Würselsdorfer Kollegen wurden erzählt, daß doch mit den Dörlitzer Kollegen kollegisch zu erläutern, dann wäre in zwei bis drei Tagen die Sperrre erledigt. Zum Schluß wurden die Kollegen vom Bevollmächtigten die Probstreise von Max Schipper ermauert. Es sollte sich jeder ein Exemplar bestellen, damit Kosten erspart werden. Ferner wurden die Kollegen noch darauf hingewiesen, ihre restlichen Beiträge vom letzten Quartal 1898 zu bezahlen, sonst sich in diesem Jahre an den Sammlungen zum Streitkunde nichts rechtmäßig zu beteiligen. Mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zahnstelle Methe hielt am 5. Februar im Batale des Herrn Meyer ihre Monatsberatung ab. Kollege Walter Breslau hielt einen Vortrag über: "Die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutschlands und wie es diesbezüglich zu verbessern ist." Von mehreren Kollegen wurde die zahlreichen Missstände auf den Bauten beprochen. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, die Lohnkommission möge mit den Unternehmern in Unterhandlung treten. Sonntag, den 9. März, begann die diesjährige Beitragsabrechnung. Die Kollegen werden erzählt, am Batale prächtig und vollständig zu erledigen.

In Neumünster fand am 12. Februar eine Extra-Veranstaltung statt, in welcher die Neuwahlen der Zahnstelle verhängt wurden. Es wurden gewählt als erster Bevollmächtigter S. Christianen und als erster Kassier C. Döll. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung: "Der Streit am Orte" referierte zunächst Kollege Schröder. Deneke ging von der Macht aus, daß in den letzten Bataile-Ergebnissen eingesetzt sind, die die Attualna, der Steelf. werde sein tatsächl. Ende zu Gunsten der Gesellen erreichten, geradliniger erzielen lassen. Der Umstand, daß die Attualna- und Bataile-Gesellschaften mit Förderungen aufgetreten sind, sowie für die Streitenden nur von Augen sehn. Außerdem kommt noch hinzu, daß auch die Arbeitswilligen von den Mietern 60 & 120 Stundenlohn bei zehnfachiger täglicher Arbeitszeit gefordert hätten. Wenn das Letztere auch wohl nicht als ein Maßstab zu betrachten ist, so zeigt es doch, daß die Streitenden hier ihre Situation sind. Attualna müßte man aber auf der Hut sein, um sich vor Überreaktionen zu schützen. Nach einer unveröffentlichen Diskussion über diese Gegenstand trat Schluß der Versammlung ein.

Die Zahnstelle Nordhausen fand am Sonntag, den 6. Februar, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche ausstehende Weisung auf bestätigt war. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege G. v. B. 48 d. Denkmäler als Delegierter zum Verbandskongreß gewählt. Dank sprach Kollege E. Böhlens aus Kassel über "Die Organisation der ländlichen Maurer". Zum Schlus wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vorgetragen, welche mit lebhaften Diskussionen ausfiel. Ehrliche Kollegen sind mit ihren Beiträgen im Rückstand.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Im Jahre 1894 gab es hier eine Anzahl Kollegen, die glaubten, ihre Sache dadurch verbessern zu können, wenn sie aus den Verbänden austreten und eine lokale Vereinigung gründen würden. Gedacht, gehabt. Die Organisation kam zu Stande; die Verträge sollten am Orte verbleiben und verbraucht werden. Eindeutig war man im Stande, mittels einer lokalen Organisation die wirtschaftliche Lage der Maurer Nürnbergs zu verbessern, daßlegi legt die 1895er Wohlbewegung ein zweites Zeugnis ab. Nach Beendigung des Streits blieb dem Rosenthaler, der sich "Vereinigung der Maurer und Steinbauer von Nürnberg und Umgegend" nannte, nur ein kleiner, häuslicher Mitgliederkreis und beim Streit war der Zeit höre man nichts mehr von den Gesellschaften, bis vor einigen Wochen wieder, eine lebensfrische Streitbreiter Organisation. Seit dieser Zeit höre man nichts mehr von den Gesellschaften, bis vor einigen Wochen wieder, eine lebensfrische Organisation die höchst hörbare Leute erfolgte. Unfere Münchener Verbandszahnhalle erhält nämlich folgendes Schreiben:

Nürnberg, 10. Dezember 1898.
An die Kollegen, die Maurer und Steinbauer zu München.

Bereits Gründung eines Südbayrischen Maurer- und Steinbauer-Verbändes!

Werthe Kollegen! Die Bataile-Vereinigung der Maurer und Steinbauer Nürnbergs steht sich verantloft, in verschiedenen Städten Südbayreuths die Frage zu stellen, ob es möglich wäre, einen Südbayrischen Maurer- und Steinbauer-Verband gründen zu können. Es wird nämlich von vielen Kollegen gefordert, daß sie gern der Organisation beitreten würden, wenn der Sitz derselben nicht im Norden, sondern im Süden wäre. Es liegt daher im Interesse eines jeden Südbayrischen Maurer- und Steinbauers, daran zu trachten, daß eine volle 100 Zahl zur Organisation beitrete, und dies können wir nur durch einen Südbayrischen Verband erlangen. Wenn wir durch einen Südbayrischen Verband der Maurer und Steinbauer, so haben wir zwar die geringste Spitze davon. Wir bringen durch einen Südbayrischen Verband eine weit, größere Organisation zu Stande als je zuvor. Wir erfreuen daher die Kollegen, sich so weit wie möglich zu erklären, damit wir weitere Schritte thun können.

Achtungsvoll
München und Umgegend,
Michael Weis.

Zu dem Schreiben sei zunächst bemerkt, daß man die Vereinigung "aller Kollegen", wie sie wurden nach der Organisation bezeichnet, wenn der Sitz derselben im Süden sei, aus in dem engen Kreise des Brieselbachers hören kann. Das Groß der Nürnberger Maurer und Steinbauer denkt gernlich daran. Sowohl die Kollegen nicht im Centralverband sind, stehen sie für die Organisation unbefreit gegenüber. Heilig ist die Probe auf das Beispiel, so schon selber gemacht worden. 1893 wurde in Nürnberg ein Südbayrischer Bauhandwerker-Verband gegründet, aber bis auf die paar Gründen blieben die Mitglieder aus. Ein lächerliche Behauptung! Ist es auch vom Brieselbacher zu erklären, die Südbayrischen Kollegen hätten keinen Nutzen von den Centralverbänden. Will der Mann und etwa gebaut machen, Hof, Dechan, Altmühlbach, Schwabach, Rütingen, Bamberg, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Neuland an der Saar, Bochum, Freiburg, B. u. a. m. lägen auf Norddeutschland? In allen vorgenannten Orten sind die Wohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen durch die rege Thätigkeit des Centralverbandes verbessert worden, und teilweise mit schweren Gebühren.

Weltt. es den Herren Weis und Genossen wirklich Entst mit der Verbesserung ihrer und unser Alters kramige Lage, dann sollen sie untere Organisation, den Centralverband der Maurer Deutschlands, teils ausgebauen helfen, damit er allen Stimmen trocken kann. Angesichts der geplanten Gründung eines großen "Arbeiterverbands" der Bauunternehmer in Berlin, wo gerade die Befreiung der Arbeiterinteressen gebracht ein Verhältnis der Arbeiterinteressen.

Zu einer am 15. Februar in Oberlos abgehaltenen öffentlichen Maurerversammlung wurde nach einem von Kollegen Thormann aus überredet gehaltenen Vortrage beschlossen, den Batailekongreß in Berlin durch einen Delegierten zu beschränken. Als Delegierter wurde Kollege Thormann gewählt. Die Mitgliedschaft der neu gegründeten Zahnstelle ist bereits auf 45 angewachsen. Es steht zu hoffen, daß die Zahnstelle bislang von Bestand sein wird.

Die Zahnstelle Bautzen bei Berlin hält am 19. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche gleichzeitig eine Delegierte zur Bataile versammelt. Die Bataile-Gesellschaften werden mit großer Begeisterung aufgenommen. Dann wurde über die russische Arbeitsarbeit debattiert. Nachstehender Vortrag stand Annahme: "Das schwere Unglück auf dem Bau Walter in Silesien, wodurch wieder so viele Menschenleben vernichtet sind, ist auf die Altordardarb zu zurückzuführen. Die heutige Baudurchführung darüber ist, daß die Altordardarb noch nicht die Arbeitsformen verhindert, welche einer Bataile-Zeitung" der Verein der Altordardarmer der Mietlizen angewiesen werden. Das Mitglied G. v. B. schreibt aus dem Bataile ausgeschlossen.

Zu einer am 15. Februar in Oberlos abgehaltenen öffentlichen Maurerversammlung wurde nach einem von Kollegen Thormann aus überredet gehaltenen Vortrage beschlossen, den Batailekongreß in Berlin durch einen Delegierten zu beschränken. Als Delegierter wurde Kollege Thormann gewählt. Die Mitgliedschaft der neu gegründeten Zahnstelle ist bereits auf 45 angewachsen. Es steht zu hoffen, daß die Zahnstelle bislang von Bestand sein wird.

Die Zahnstelle Bautzen bei Berlin hält am 19. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche gleichzeitig eine Delegierte zur Bataile versammelt. Die Bataile-Gesellschaften werden mit großer Begeisterung aufgenommen. Dann wurde über die russische Arbeitsarbeit debattiert. Nachstehender Vortrag stand Annahme: "Das schwere Unglück auf dem Bau Walter in Silesien, wodurch wieder so viele Menschenleben vernichtet sind, ist auf die Altordardarb zurückzuführen. Die heutige Baudurchführung darüber ist, daß die Altordardarb noch nicht die Arbeitsformen verhindert, welche einer Bataile-Zeitung" der Verein der Altordardarmer der Mietlizen angewiesen werden. Das Mitglied G. v. B. schreibt aus dem Bataile ausgeschlossen.

Als Vorsitzender wird uns geschrieben: Die weitbekannte Bataile Louis Goldmann in B. hat in der Nähe eine Bataile-Gesellschaft gegründet. Die Bataile hat z. B. einen Bataile, der die Maurer und Tagelöhner bei jeder Gelegenheit mit Schlägen bestrafen, welche auch traktiert. Dabei besteht er, wie es heißt, vom Handwerk sehr wenig, er ist lediglich als Bogenmaler Bataile-Gesellschaft angezettelt, und dieser Bataile steht sich auch völlig bewußt zu sein. Aber auch einige andere Bataile besetzen Bataile Bataile mit, um sie in ihrem Aufsehen zu halten, wenn sie ihre Mitarbeiter etwas feindselig behandeln; sie mögen bedenken, daß auch sie sich einmal zu den Kämpfen bezeichnen. Nun ist der Friede selbst, wenn die Bataile-Gesellschaften die Bataile-Gesellschaften besiegen, kann der Friede nicht aufrecht erhalten werden. Macht man nicht Herrn Goldmann auf sein Thun aufmerksam, so sagt er: "Ich bin Herr im Hause und mache, was ich will, mein Arbeiter braucht ich nicht zu fragen." Kann dann dem Herrn

nicht einmal durch Gewerbegelehrtsurteil begreiflich gemacht werden, daß sich seine „Gewerbeschule im Hause“ nicht auf Gesetzesvergleichungen ausdehnen darf? (Ed. d. „Grundstein“.) Am letzten Bahnhofstage kamen diese Praktikanten wieder einmal einem Verbandskollegen gegenüber zur Anwendung, der schon ein halbes Jahr bei der Firma arbeitete und während dieser Zeit alle bei der Firma vorgenommenen Missstände an die Öffentlichkeit brachte. Um letzten Bahnhofstage also wurde plötzlich diesem Kollegen der Kopf gestrafft, ohne daß ihm vorher davon eine Mitteilung gemacht war. Als nun unser Kollege den Herrn Goldmann darüber zur Stelle stellte, wurde er von diesem in so grober Weise angefahren, wie es eben nur ein Bauunternehmer fertig bringt. Aber es sollte noch besser kommen. Als alle anderen Arbeiter sich nach Hause begeben hatten und unser Kollege sich nur noch allein bei Goldmann und seinen Getreuen; den Parteien, bestand, vergab sich Herr Goldmann so weit, daß er den Kollegen häßlich angriß, ihn würdig und folgig. Nachdem der Kollege den lauernden Patron abgeschüttelt hatte, verließ er sich schnell, um nicht nochmals in die Krallen dieses Tigers, in Gestalt eines wütend schauenden Bauunternehmers, zu fallen. Aus dem Treiben eines solchen Mannes, deren es noch mehr hierzu gehört, leben die Kollegen wieder, doch es ist unbedingt nötig, eine feste Organisation zu schaffen, damit den Herren etwas die Krallen beschädigen werden. Deshalb heraus, Kollegen, aus dem Winterthal, rafft Euch auf und agitirt, damit wir unsere Rechte wahren können.

Am Dienstag, den 7. Februar, tagte im „Uhlinger Hof“ eine Versammlung der Zahlstelle Bremen. Zum Delegierten wurde in der Stichwille Kollege Eduard Müller mit 52 Stimmen gewählt. Die Versammlung war nur schwach besucht, jedoch standen sich später noch mehrere Kollegen ein. Es wird daher dringend gebeten, daß die Kollegen die Versammlungen besser und pünktlicher besuchen, sonst müssen wir sie auf längere Zeit ausfallen lassen.

Die Stichwille-Spannung hält am 7. Februar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagessordnung: 1. Unternehmerkongress. 2. Wie stellen wir uns zur Allordarbeit? 3. Wahl eines Delegierten zur Provinzialkonferenz zu Berlin. Kollege Lemme hielt einen lehrreichen Vortrag über Unternehmerkongress, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Im zweiten Pünktchen sprach sich Kollege Lemme dahin aus, die Allordarbeit ganz abzuschaffen. Da dieser Vorschlag aber wohl nicht ganz durchführbar sein würde, mußte man mindestens dahin frechen, daß nicht im Allord genauer werden dürfe; wenn beim Bauen und Fügen noch im Allord gearbeitet werden soll, sollte man beim Bauen 60 & pro Tag Entschuldigung fordern. Niedner stellte dies als Antrag, welcher auch einstimmig angenommen wurde. Lemme wurde dann als Delegierter zur Provinzialkonferenz gewählt. Entgegen einem Beschuß der letzten öffentlichen Versammlung, 25 & pro Woche zum Streikfonds zu zahlen, wurde nun beschlossen: 20 Marken zu lieben und diese vom Vorstand zu bezahlen. Beschlossen wurde ferner, der Kommission für jeden Sonntag und je zwei Männer pro Woche 80 & Belegschaftsgebet zu zahlen. Kollege Lemme legte hierauf der Lohnkommission ein Herz, zeigt auch pünktlich, wenngleich von 10—12 Uhr, ihre Arbeit zu verrichten. Der Kassier Waldb. gab bekannt, daß er von jetzt ab nicht für 5 Uhr, sondern für 8 Uhr sein Amt verwalten würde. Zum Schluß führte Niedner noch an, daß sich Verbandskollegen geäußert hätten, einen Altkontinent hier am Ort zu gründen. * * *

Die Kollegen von Cirelegan hätten es recht nötig, um ihre selbst und auch in der Umgebung recht läufig für die Organisation zu agieren. Man sieht und hört jedoch nichts von solchen Thätigkeiten. Die Kollegen schlafen und träumen noch. Obwohl hier eine gute Bautechnik herrscht, machen die Maurer und Bauarbeiter doch gar keinen Anspruch auf Erhöhung ihrer Lebenshaltung. Und doch wäre es so leicht, eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, wenn die Mehrzahl der Kollegen nicht gegen so schlaff wäre. Den berufenen Vertretern der Organisation muß dieser Zustand aber erst recht ein Auspust zu erhöhter Thätigkeit sein.

Am 8. Februar tagte im „Deutschen Haus“ in Tauta eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagessordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Gewerbeverein. Zum ersten Punkt erläuterte der Kollege Robert Nährer aus Tauta Bericht. Derselbe steht bekannt, daß unsere Forderungen den Unternehmern schriftlich gestellt wurden und betont, daß die Gehälter bereit seien, zu unterhandeln. Auf dieses Schreiben haben die Unternehmer über nicht geantwortet. Die Kommission sah sich deshalb genötigt, ein zweites Schreiben an die betreffenden Herren zu schicken. Hierauf hat der Maurermeister Sperling geantwortet: „Herr Robert Nährer, Postleben, auf Ihre verbleibende Schreiben am 17. und 27. v. M. habe ich Ihnen verdrückt mit, daß es mir als Arbeitgeber ganz gleich sein kann, wie viel ich Lohn zahle, die Haupthälfte ist nur, ob ich es wieder bekommen und ob ich dann noch in der Umgebung, wo die Maurermeister von Hohenbaude, Altmann und Höhneleine mit konkurrieren, bei ihrem 81 und 82 & Lohn einen Durchschnitt bekommen kann. Ich habe in Jahre 1894 noch 28 & Lohn pro Stunde gezahlt und den Lohn in 4 Jahren seßhaftig nach und nach auf 27 & erhöht, aber nun gleich einen Sprung von 8 & pro Stunde mehr, wo es ganz traurig mit der Arbeit aussieht, so glaube ich nicht, daß das so gehen wird. Ich bitte Sie deshalb, dies Ihren Kollegen vorzustellen. Ich dachte, wenn ich jetzt pro Woche 24 frischer Hand bar bezahlt habe, wo die Leute zum größten Theil in Holztempelstein an die Arbeit gehen und Mittags mit ihren Familien zu Hause eilen können, das wären sehr schlechte Bedingungen.“ Hochachtungsvoll Ferdinand Sperling, Baumeister. Herr Sperling hatte hierauf ein dreites Schreiben erhalten, worin er gebelebt wurde, doch mündlich mit den Gebern zu verhandeln. Eine Antwort ist aber noch nicht erfolgt. Die beiden anderen Unternehmer haben überhaupt nicht geantwortet. Hierauf steht Kollege Nährer einen ausführlichen Bericht über die Grinde, welche die Maurerförsch zu dieser Bewegung gezwungen hatten und wußt nach, daß unsere Förderung 10 Pfundsteine und 45 & Pfundsteine eine gerechte Forderung ist. Da die Bauthälfte in Tauta eine gute sein wird, so hoffen die Kollegen, auch einmal in Tauta, in ihrem Heimatlande, arbeiten zu können.

Am 7. Februar stand in Welsensee eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Dietrich Berlin sprach die Lobbewegung in den verlorenen Jahren und sprach die unabweisbare Forderung an die Kollegen aus: Ich mehr Gewerbeamtlichkeit anzueignen, damit uns die vielen Prozeesse erspart bleibent. Die Versammlung beschloß die Bekämpfung des Bauarbeiterkongresses und wählte Jürgen als Delegierten. Von

Sonntag, den 12. Februar, ab werden Sammelarten ausgetragen. Marken à 25 & sind an den bekannten Stellen zu haben. Donnerstag findet bei Kühne die Abstempelung der Arbeitslosigkeit statt. Nach Annahme von zwei Resolutionen gegen das Dresdener Buchhausurteil und gegen den Buchdruckerkongress. Scherl-Berlin wurde die Versammlung geschlossen.

Am 5. Februar fand in Worms eine öffentliche Maurerversammlung statt, zu der Kollege Kraus-Mannheim als Referent erschienen war. Referent sprach über die Frage: „Warum verzichten wir uns?“ Bei dem Debatt belästigten sich mehrere Kollegen, unter ihnen auch der Vorsitzende des Wormser Maurerbundes, den den Befreiungskampf, den Arbeitsnachweis überhaupt fallen zu lassen, da derselbe einen Teil in unsere Gewerbeschule getrieben hätte, und seit bestehen nur die Freiheit zu Bank und Streit gewesen sei. Schließlich wurde folgender Antrag gegen eine Sitte angenommen: „Das Arbeitsnachweiskongress ist nochmals einer Revision zu unterziehen und darnach den Arbeitgeber zu unterstellen. Das Resultat ist in einer öffentlichen Verhandlung bekannt zu geben, wo eventuell weitere Beschlüsse gefasst werden können.“ Wegen vorgelegter Zeit erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Numerierung des Schriftführers. Es ist bedauerlich, daß die Versammlung trotz der interessanten Tagessordnung so schwach besucht war. Von ca. 150 an Ort anwesenden Kollegen waren nur 46 erschienen. Es wäre zu hoffen, daß die Kollegen in den nächsten Versammlungen vollständig erscheinen, da die zu fassenden Beschlüsse von entscheidender Bedeutung für unsferne gewerbeamtliche Leben sind.

Eine am 18. d. M. stattgefundene Versammlung beschäftigte sich auch mit dem in Nr. 7 des „Grundstein“ gemachten Vorschlag des Ausschusses, betreffend Bauarbeiterkongress. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Vorschlag zu spät gemacht wurde und seine Ausführung auch mit zu großen Kosten verbüßt sei. Sie hält sie richtiger, wenn die Vertrauensmänner der einzelnen Filialen aufzufordern, das Material an dem Kongress, Missstände auf Bauten usw., schriftlich an Oberhaupt einzuführen, welches dann die Gesamtheit der Stiftakteure auf dem Kongress zu vertreten hat.

Mülheim a. d. Ruhr. Am Dienstag, den 10. Februar, fand hier eine öffentliche Stiftakteureversammlung statt. Kollege Odenbach-Köln referierte über die Frage: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ Niedner sprach in eingehender Weise die Notlage der arbeitenden Klasse und wie sie in ihrem Kampfe um Verbesserung von der herrschenden Gesellschaft behandelt wird. Auch das ungeheure Dresdener Urteil wurde vom Niedner einer scharfen aber zutreffenden Kritik unterzogen. Nachdem Niedner noch an verschiedenen Beispiele die Schwäche der Allordarbeit nachgewiesen, forderte er die Anwesenden auf, sich dem Generalverband der Stiftakteure anzuschließen. Folgende Resolution gelangte alsdann zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Stiftakteure erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und anerkennt, daß die Arbeiter nur durch Organisation ihre Lage verbessern können.“ Samtliche Kollegen wurden dann regelmäßig erzogen, dem Verband beizutreten. 21 Kollegen erklärten sich auch sofort bereit. Zur provisorischen Versammlung der Filiale wurden Bläbber, Schmitz und Friederichs gerufen. Von Weiler wurde dann die Arbeitsannahme bei der Firma Lösch-Lindorf genehmigt, weil sich der größte Ausbrüche gegenüber den Stiftakteuren bedient und auch überhaupt keine Verbandsmitglieder in Arbeit haben will.

Pforzheim. Am Mittwoch, den 16. Februar, fand eine öffentliche Versammlung der Gießer und Stiftakteure in Gießerei „Gummiolden“ statt mit der Tagessordnung: „Wie Antwort der Meister auf unsere Forderungen und wie verhalten wir uns dazu?“ Das Referat übernahm Kollege Röhl aus Stuttgart. Derselbe entwarf den Kollegen die Annahme der von den Meistern bewilligten Forderungen, da Pforzheim in der Organisation noch sehr jung ist und man nicht alles auf einmal erreichen könne. Es wurde bewilligt: Zehnminütige Arbeitszeit, von 8—8 Uhr, und 60 & Stundenlohn für gute Arbeiter, ebensofalls soll die Allordarbeit abgeschafft werden. Es empfahl sich eine längere Debatte über die Bezahlung für Nebenstunden, Sonntags- und Nacharbeit, da die Meister nicht mehr als den Stundenlohn für dieselbe bezahlen wollen. Es wurde beschlossen, ohne Sonntags- und Nacharbeit, das an den Wochen festgelegten Tagesschichten zu arbeiten. Dieser Beschuß soll den Meistern nochmals mitgeteilt werden. Schäfer. *

Gießen. Am Dienstag, den 7. Februar, traten die Stiftakteure Gießerei in eine Lobbewegung ein. Ein günstigeres Augenblick kommt nicht abgewartet werden, da gegenwärtig die Geschäftssituation eine überaus günstige ist. Es wurde eine Kommission gebildet, welche mit einem neuen Komitee beauftragt, bei sämtlichen hiesigen Meistern vorstellig zu werden. Stiftakteure bewilligte und unterstrich sofort unsere Forderungen und äußerst befriedigten die Forderungen. Der Streik bei der Firma Glädel dauerte 1½ Tag und es wurde pro Stunde eine vollaufende Lohnerhöhung von 5 & für jeden Stiftakteure erzielt. Am 1. April d. J. verspricht sich die Firma Glück, nochmals eine entsprechende Lohnerhöhung in Kraft treten zu lassen, da für die nächsten neuen Anläufe ebenfalls erst eine höhere Preisskala geschaffen würde, welche den neuen Lohnhöhungen der Arbeiter entsprechen müßte. Sollte die Firma Glück am 1. April ihr Ehrentwort nicht einholen, so werden wir ohne Weiteres sofort die Arbeit wieder einsetzen.

Hamburg. In der Mitgliederversammlung am 8. Februar erfolgte zunächst die Verleihung der Quartalsabrechnung. Dieselbe ergab: Jahresbestand vom vorigen Quartal M. 51,58, 85 vgl. der Beitrag M. 124,29, jüngste Einnahme M. 98,03. Summa M. 728,85. Ausgabe insl. M. 10 Mantelgeld für den Kassier M. 21,88. Filialvermögen M. 521,97. Das Stiftungsfest ergab an Einnahme M. 61,93, an Ausgabe M. 55,15. Es stehen noch 14 Karten à 50 & aus. Der Vorstand und Jahresbericht ergab Mitgliederbetrieb am Ende des Vorjahrs 182. Mitgliederversammlungen haben im letzten Jahre stattgefunden 17, öffentliche Versammlungen 2. Vorstand und Kassier wurde Decharge erhebt. Als 1. Vorstand wurde Thielhaar wieder gewählt, als 2. Vorstander Otto Brügelmeier, als 1. Kassier Beck wieder gewählt, als 2. Kassier Grün jun., als 1. Schriftführer D. Loop wieder gewählt, als zweiter H. Edmann, als Kartelsleiter Lehne und Schnarsdorf, als Revisorin Antje und Schmalenmüller, in die Bibliothekskommission Edler, Lehne und Denzel, in die Feinkunst-Zeich. Lehne, C. Peters, Rose und A. Goos, als Kontrolleure W. Herm. und H. Döring. Betriebsunterstützung der Familien der Dresdener zu Büchsenhaus vermittelten Kollegen wurde befürwortet, dieses vorläufig zu vertagen, da in erster Zeit unbedingt reichlich Unterstützung eingeht werden. Für durchgehende Verbandskollegen wurde von hiesiger Filiale zwei Nächte freies Quartier angemessen. Zum Bericht vom Bau- und Sparverein wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Gründung einer Konsum-Genossenschaft im Sinne der Vorlage der Kommission einverstanden, indem dieselbe für den wirtschaftlichen Raum der Arbeiter eine kräftige Widerstandsbasis wird, aus welcher Erwagung es Pflicht ist, dieses Unternehmen nach Kräften zu fördern und auszubauen zu helfen.“ — In dem Bericht vom 18. Januar soll es heißen: Sie kontrolliert, daß laut Abrechnung des 3. Quartals die Mitgliederzahl nach den eingegangenen Beiträgen exklusiv der fünf rückläufigen Filialen 1218 beträgt. Hierauf protestiert die hiesige Filiale gegen den Beschluß der Oberförsterei der Ebersfelder Kollegen, betreßt feststellen, da die Gießer in dieser Zeit zu müglicheren Zwecken gebraucht werden müssen.

Leipzig. Sonnabend, den 4. Februar, tagte bei Spieck, Seiburgstr., eine mäßig besuchte Versammlung. Im ersten Punkt der Tagessordnung hielt Genoß Lipinski einen lehrreichen Vortrag über: „Die Organisationskämpfe der Handwerksgesellen im Mittelalter.“ Niedner schilderte in ausführlicher Weise die Entstehung der Gesellenorganisation im Mittelalter und führte aus, daß dieselben genau so bekämpft worden sind, wie die heutige moderne Arbeitervorstellung. Welcher Vorschlag lohnte den Niedner. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf machte die Arbeitsnachweiskommission einige Vorschläge zur Verbesserung des Reglements, welche teilweise anerkannt, teilweise aber auch sehr bekämpft wurden. Einige Niedner befürworteten, den Arbeitsnachweis überhaupt fallen zu lassen, da derselbe einen Teil in unsere Gewerbeschule getrieben hätte, und seit bestehen nur die Freiheit zu Bank und Streit gewesen sei. Schließlich wurde folgender Antrag gegen eine Sitte angenommen: „Das Arbeitsnachweiskongress ist nochmals einer Revision zu unterziehen und darnach den Arbeitgeber zu unterstellen. Das Resultat ist in einer öffentlichen Verhandlung bekannt zu geben, wo eventuell weitere Beschlüsse gefasst werden können.“ Wegen vorgelegter Zeit erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Numerierung des Schriftführers. Es ist bedauerlich, daß die Versammlung trotz der interessanten Tagessordnung so schwach besucht war. Von ca. 150 an Ort anwesenden Kollegen waren nur 46 erschienen. Es wäre zu hoffen, daß die Kollegen in den nächsten Versammlungen vollständig erscheinen, da die zu fassenden Beschlüsse von entscheidender Bedeutung für unsferne gewerbeamtliche Leben sind.

Eine am 18. d. M. stattgefundene Versammlung beschäftigte sich auch mit dem in Nr. 7 des „Grundstein“ gemachten Vorschlag des Ausschusses, betreffend Bauarbeiterkongress. Die Versammlung war der Ansicht, daß der Vorschlag zu spät gemacht wurde und seine Ausführung auch mit zu großen Kosten verbüßt sei. Sie hält sie richtiger, wenn die Vertrauensmänner der einzelnen Filialen aufzufordern, das Material an dem Kongress, Missstände auf Bauten usw., schriftlich an Oberhaupt einzuführen, welches dann die Gesamtheit der Stiftakteure auf dem Kongress zu vertreten hat.

Mülheim a. d. Ruhr. Am Freitag, den 10. Februar, fand hier eine öffentliche Stiftakteureversammlung statt. Kollege Odenbach-Köln referierte über die Frage: „Wie verbessern wir unsere Lage?“ Niedner sprach in eingehender Weise die Notlage der arbeitenden Klasse und wie sie in ihrem Kampfe um Verbesserung von der herrschenden Gesellschaft behandelt wird. Auch das ungeheure Dresdener Urteil wurde vom Niedner einer scharfen aber zutreffenden Kritik unterzogen. Nachdem Niedner noch an verschiedenen Beispiele die Schwäche der Allordarbeit nachgewiesen, forderte er die Anwesenden auf, sich dem Generalverband der Stiftakteure anzuschließen. Folgende Resolution gelangte alsdann zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Stiftakteure erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und anerkennt, daß die Arbeiter nur durch Organisation ihre Lage verbessern können.“ Samtliche Kollegen wurden dann regelmäßig erzogen, dem Verband beizutreten. 21 Kollegen erklärten sich auch sofort bereit.

Zur provvisorischen Versammlung der Filiale wurden Bläbber, Schmitz und Friederichs gerufen. Von Weiler wurde dann die Arbeitsannahme bei der Firma Lösch-Lindorf genehmigt, weil sich der größte Ausbrüche gegenüber den Stiftakteuren bedient und auch überhaupt keine Verbandsmitglieder in Arbeit haben will.

Pforzheim. Am Mittwoch, den 16. Februar, fand eine öffentliche Versammlung der Gießer und Stiftakteure in Gießerei „Gummiolden“ statt mit der Tagessordnung: „Wie Antwort der Meister auf unsere Forderungen und wie verhalten wir uns dazu?“ Das Referat übernahm Kollege Röhl aus Stuttgart. Derselbe entwarf den Kollegen die Annahme der von den Meistern bewilligten Forderungen, da Pforzheim in der Organisation noch sehr jung ist und man nicht Alles auf einmal erreichen könne. Es wurde bewilligt: Zehnminütige Arbeitszeit, von 8—8 Uhr, und 60 & Stundenlohn für gute Arbeiter, ebensofalls soll die Allordarbeit abgeschafft werden. Es empfahl sich eine längere Debatte über die Bezahlung für Nebenstunden, Sonntags- und Nacharbeit, da die Meister nicht mehr als den Stundenlohn für dieselbe bezahlen wollen. Es wurde beschlossen, ohne Sonntags- und Nacharbeit, das an den Wochen festgelegten Tagesschichten zu arbeiten. Dieser Beschuß soll den Meistern nochmals mitgeteilt werden.

Krautkasse. Die hiesige Filiale der Zentralräte der Stiftakteure fand am 12. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde verlesen und wurden Einwendungen beigelegt, die nicht laut waren. In die Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: P. Steinbörger, Bevollmächtigter; G. Baatz, Kassier; H. Beißler, Schriftführer; A. Beyer und H. Wilh. Becker, als Revisoren. Beschlossen wurde, nur Sonntags- und Feiertagsbeiträge einzuzahlen.

Literarisches. Von der „Neuen Welt“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 21. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt: leben wir herbei: Das Dresden Urteil — Schimpf und der Militärische von A. Kraatz (Fortsetzung) — Mutter und neuer Bergabzugsegebung in Deutschland. Von Otto Hün. Über Vermittlung von Infektionskrankheiten durch Gitterfieber. Von Dr. A. Rosenfeld — Literaturkunstblatt. Eine natürwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Krauer. V.

Zentral-Krautkasse. der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stiftakteure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 12. bis 18. Februar sind folgende Verträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Altona M. 800.

Beizugs: Charlotteberg M. 200, Molotov i. W. 200, Dresden 200, Mannheim 200, Altenbrunnen 100, Quedlinburg 100, Berlin 100, Zittau 100, Minchen 100, Düsseldorf 70, Eppelheim 70, Frankenthal 25. Summa M. 2345.

Altona, den 18. Februar 1899.

Karl Neßl, Hauptkassier, Friedrichsstraße 28.

Briefkästen.

Leipzig, 2. Den ganzen Bericht könnten wir in dieser Nummer nicht bringen. Den dringendsten Theil desselben haben wir noch aufgenommen, der Rest kommt in der nächsten Nummer.

**Zentral-Verband
der Maurer und verw. Berufsgehilfen Deutschlands.**

Sitz Hamburg.

Bekanntmachung.

Monat Februar ist der letzte Beitragsträger Monat im Winter 1898/99. Die Beitragzahlung beginnt mit der ersten Woche im März.

Bahnhöfen, für deren Mitglieder der Lohn über M. 8,50 gestiegen ist, haben 20 & Wochenbeitrag zu zahlen.

Sammelungen zum Streikfonds.

Soweit wir übersehen, haben viele Bahnhöfe zu den Streikfondssammelungen für dieses Jahr noch nicht Stellung genommen. Im Hinweis auf den Aufruf des Vorstandes und Ausschusses in Nr. 2 dieser Zeitung erfüllen wir, das Verfaßte nachzuholen. Die Sammelungen müssen überall spätestens mit dem 1. März beginnen und energisch betrieben werden. Sammelmateriale können die Bahnhöfe zu jeder Zeit haben, wie verfassender folges aber nur auf vorhergehende Bestellung.

Neuwahlen der Verwaltungen.

Von einer größeren Anzahl Bahnhöfen sind die neuen Verwaltungen noch nicht angemeldet. Wir ersuchen die Anmeldung recht bald zu bejorgen, damit wir das neue Abreißverzeichnis fertigstellen können. Neue Abreiss, die uns nicht bis zum 1. März mitgeteilt werden, können für das Verzeichnis keine Berücksichtigung mehr finden.

Ausgeschlossen.

wurden auf Grumb § 15a resp. b des Statuts von der Bahnhöfe Wölfsle: Leopold Rosse (Buch-Nr. 06961); Hermann Rosse (Buch-Nr. 06984); Karl Fabrisius (Buch-Nr. 34688); von der Bahnhöfe Niederfeldsee: Peter Behr (Buch-Nr. 036 158), Johann Hanke (Buch-Nr. 036 160); von der Bahnhöfe Kiel: August Schütz (Buch-Nr. 8121), Friedrich Robert (Buch-Nr. 89 248); von der Bahnhöfe Stellingen: H. Ohlmann (Buch-Nr. 18 523), H. Kraft (Buch-Nr. 18 557), Fr. Ohlmann (Buch-Nr. 18 554), O. Strumann (Buch-Nr. 028 452), S. Jens (Buch-Nr. 028 462), O. Koch (Buch-Nr. 028 464), W. Hader (Buch-Nr. 028 466), R. Stein (Buch-Nr. 028 467).

Als verloren.

Gemeißelt sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilhelm Bernau (Buch-Nr. 19 140), Johann Wahlemeier (Buch-Nr. 080 276), Reinhold Glauber (Buch-Nr. 80 708).

Der Vorstand.

S. A.: Th. Bömelburg, Vorsitzender.

Am der Zeit vom 14. bis 21. Februar 1899 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Bon der örtlichen Verwaltung in Schmallenberg M. 20,25, Straßburg i. Els. 14,80, Lünen 82,55, Höchst 22,20, Gardelegen 9,75, Summa M. 99,55.

Streikfonds.

Bremen M. 175,15, Darmstadt 1,40, Summa M. 176,55.

Alle Gelber für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streikfondsbeiträge, sind nur an J. Köster zu abrechnen. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 21. Februar 1899.

J. Köster,
Hamburg-St. Georg, Neue Bremmerstr. 16, 1. Et.**Anzeigen.**

(Schluß für Anzeigen-Annahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Nachruf.

Am 14. Februar starb nach langem Leiden unser treuer Kollege

Karl Falkenhagen.

im Alter von 48 Jahren. Ehre seinem Andenken!

[M. 8] Die Bahnhöfe Potsdamer.

Nachruf.

Am 16. Februar starb nach langem Leiden unser Verbandskollege und Gründer der Bahnhöfe

Friedrich Scharfe

im Alter von 52 Jahren. Ehre seinem Andenken!

[M. 8] Die Bahnhöfe Nordhausen.

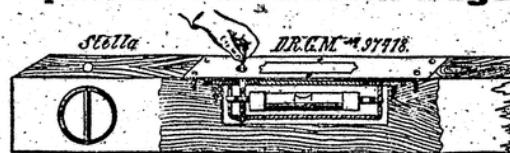
Nachruf.

Am 17. Februar starb plötzlich unser treuer Verbandskollege

Martin Friedrich Bär

im Alter von 36 Jahren. Ehre seinem Andenken!

[M. 8,30] Die Bahnhöfe Langen i. Hessen.

Kahnt & Richter,**Altenburg (S.-A.).****Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc.**

Wir machen gebräuchte Mauerer und Bauhandwerker auf unsere unter nebenstehender Nummer gefestigt geschulte

Wasserwage aufmerksam. Dieselbe kann bei Ungenauigkeit von Zedermann selbst regulirt werden! Zu haben in jeder Eisenwarenhandlung, nicht direkt aus der Fabrik. Bei Bedarf berufe man sich auf unsere Firma.

Nachruf.

Am 18. d. M. verstarb im Alter von 26 Jahren unser treuer Verbandskollege

Otto Regener

in Gutenwegen an der Unterleibsentzündung.

Die Kollegen von Gr. Ammenleben werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Leicht sei ihm die Erbel

[M. 8,90] Die Bahnhöfe Ammenleben.

Nachruf.

Am 9. Februar starb nach schwerem Leiden unser Verbandskollege, der Stoffateur

Bruno Anders

im Alter von 87 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Die Bahnhöfe Breslau

des Verbandes der Stoffateure.

Nachruf.

Am 18. Februar starb plötzlich unser treuer Verbandskollege

Christian Klinder

im Alter von 47 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Die Bahnhöfe Hohenodeleben.**Achtung!**

Der Maurer geboren am 4. Februar 1877 in Berlin, wird erachtet, sein Mitgliedsbuch einzulösen und den dafür erhaltenen Betrag zurück zu erstatten. Alle Bahnhöfe werden erachtet, ihm sein neues Buch auszustellen.

Richtung!

Der Maurer geboren am 4. Februar 1877 in Berlin, wird erachtet, sein Mitgliedsbuch einzulösen und den dafür erhaltenen Betrag zurück zu erstatten. Alle Bahnhöfe werden erachtet, ihm sein neues Buch auszustellen.

Im Auftrage des Kollegen Kaasman.

Maurerstraße 19 in Lehe:

R. Sabotta,
[M. 8,60] Bevollmächtigter der Bahnhöfe Bremerhaven.

Der Maurer Eduard Höse, aus Wittenberg (Bez. Halle) wird erachtet, sein Adressen seinem Bruder mittheilen zu wollen.

Paul Höse, Wittenberg (Bez. Halle), Kupferstr. 2.

[M. 1,20]

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinungsstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 & pro Seite freien Platz gesetzt. Nur jede Versammlung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung eingangs werden.

Lederhosen-Fabrikant
W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.,

lieferst direkt an Private und Gewerbsvereine frei in's Haus zum niedrigsten Konkurrenzpreise seine bewährten

Double-Leder-Hosen

in Silbergrau, weiß gebleicht und dunkelbraun, ohne Appretur, sammetweich, mit Hanswirren garnet, mit praktischer Schniegelsche und lederner Sellenloschen, mit vernickelten Batzenknöpfen, ganz stark, 195 Schuh pro Zoll gegeben, normale Größe, von 70—84 cm Schnittlänge und 88—104 cm Leibweite (kleinstes Nummer von normal 24 Z., groß 32 & schwer), Paar 1,60, mittelstark, 175 Schuh pro Zoll do. (24 Z. und 28 & schwer), Paar 4,50. Lieber normal 50 & mehr, unter normal 50 & weniger. Garantie für guten Geschäftsprinzip und Verbandsbedingung: Streng offenen und probogenetrenne Bedienung.

Quittungsmarken und Kautschukstempel

lieferst 20 Jahren für tausende Käfeln und Vereine

Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.

Verlag sozialistischer Bilder. Illustrirte Preissätze gratis und franco. Soeben erschien das neue

Fraktionsbild der sozialdem. Partei 1898.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 25. Februar:
Werdau, Abends 8 Uhr, im "Bräuhaus". Empfängtige Regelung der Gründungsversammlung der Verbandsversammlungen.

Sonntag, 26. Februar:
Bayreuth, Nachmittag, 3 Uhr, wird den Kollegen bringend an's Herz gelegt, pünktlich zu erscheinen.

Elmshorn, bei Torgau: Das Eröffnen aller Mitglieder ist erwünscht.

Rudolstadt, Abends 8 Uhr im "Burgteller". Bahnhofliche Eröffnung nach der Schkeuditz, Streikfondsstätten.

Wandsbek, Abends 8 Uhr im "Döbel". Wahl der Verwaltung, Abgabe der Abstimmung, Streikfondsstätten.

Striegau, Abends 8 Uhr im "Blaue". Der Begriff der sozialdem. Partei ist wichtig.

Werder (Havel), T.O.: Unsere Wahlbewegung.

Montag, 27. Februar:
Liegnitz, Abends 8 Uhr, "Gothischen Frieden". Die Mitglieder werden erachtet, zahlreich zu erscheinen.

Dienstag, 28. Februar:
Essen (Ruhr), Abends 8 Uhr im "Büro". Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Ruhla, Abends 8 Uhr im "Steinberg's" Hotel. Alle Kollegen haben zu erscheinen.

Wandsbek, Abends 8 Uhr bei Dänike, Sternstraße. Bahnhofliche Eröffnung.

Flensburg, Generalversammlung in der Herberge. Das Eröffnen aller Mitglieder ist wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Freitag, 3. März: Eisenach, Abends 8 Uhr im "Großherzog". Eröffnen aller Mitglieder notwendig.

Sonnabend, 4. März:
Altenburg, Abends 8 Uhr im Steiner's Restaurant. Pünktliches Eröffnen aller Mitglieder, ebenso wie die Gründung.

Gotha, Abends 8 Uhr im "Witter". Das Eröffnen eines jeden Mitgliedes ist bringend notwendig.

Sonntag, 5. März:
Gr.-Ammensleben, Abends 8 Uhr im "Schwaben's" Hotel. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Hersbrück, Abends 8 Uhr im "Hotel zum Weinsteind". T.O.: Sohnförderung und Arbeitszeitverkürzung. Großes Interesse erwünscht.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, 26. Februar:
Hohenkirchen, Nachmittag, 3 Uhr im "Schramm'schen" Hotel.

Sonntag, 5. März:
Letschin, eine Stelle werden erachtet, pünktlich zur Stelle zu sein.

Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

**J. Blume & Co.,
Hamburg.**

Täglicher Verband
unter bekannten, echt
englisch - ledernen und
Wanheimer

Arbeits-Artikel
und Solander Jacken.

Muster
u. Preis-Kourant gratis.

J. Blume & Co.,

Hamburg.

EINGETRAGENE

SCHUTZ-MARKE